

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Altkönigsstr. 46, durch die Expeditionen der „Volkswacht“ Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Postenstraße 11, durch die Zweigstellen, Hagenstraße 11, durch die Postämter, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten: wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Klein-Anzeigen pro Wort 3 Pf. Das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Altkönigsstr. 46 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Stresemanns neue Zweideutigkeiten.

Er ist mißverstanden worden.

Paris, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Rede Stresemanns auf dem Bankett der deutschen Kolonie in Genf, die am Mittwochabend durch Havas in großer Uebersetzung verbreitet wird, hat in hiesigen politischen Kreisen einen peinlichen Eindruck hervorgerufen. Sie hat mit einem Schlag dem bereits stark im Schwanken begriffenen Ministerpräsidenten hiesiger Kreise über den ehelichen Annäherungswillen der deutschen Regierung neue Nahrung gegeben. Man sieht vor allen Dingen in der Rede Stresemanns einen Versuch, Briand jetzt zu legen, trotzdem der deutsche Außenminister wissen muß, daß Briand gerade bei gewissen Mitgliedern des gegenwärtigen Kabinetts große politische Schwierigkeiten überwinden muß, um zum Ziele zu gelangen.

Das „Journal des Debats“ meint, daß Stresemann, wenn er die bevorstehenden Verhandlungen zum Scheitern bringen wollte, nicht besser vorgehen konnte. Das Blatt weist dann darauf hin, daß Stresemann scheinbar mit Absicht die Frage der Kriegsschuld wieder aufgerollt habe und erklärt, der Teil der Rede Stresemanns, der sich darauf bezieht, sei von einer „außerordentlichen Kühnheit“, um, meint das Blatt, keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen. Die Rede Stresemanns sei eine Warnung, die zu außerordentlich opportuner Zeit daran erinnert, daß die entsetzlichen Vorkriegsmassregeln zu ergreifen sind, bevor man sich mit einer Regierung einläßt, in deren Augen Wilhelm II. und seine Helfershelfer keinerlei Kriegsverantwortungen tragen. Es wäre zu hoffen, daß eine derartige Rede nicht ohne Antwort bleiben wird.

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsaussenminister empfing am Mittwoch vor seiner Abreise nach Berlin die Vertreter der Weltpresse, um sich von ihnen zu verabschieden. Er hielt bei dieser Gelegenheit folgende Rede:

„Ich bin in den letzten Tagen oft darüber gefragt worden, welche Eindrücke ich aus Genf mitnehme. Ich habe keinen Hehl daraus gemacht, daß es Eindrücke der Genugtuung sind, und ich glaube daselbe sagen zu können für die Mitglieder der deutschen Delegation. In allen Fragen, die uns hier beschäftigt haben, ist die deutsche Delegation stets einer Auffassung gewesen. Daraus möge man auch die Gewißheit entnehmen, daß die von uns verfolgte Politik sich auf die große Mehrheit des Parlaments und darüber hinaus auf die große Mehrheit des deutschen Volkes stützen kann.“

Ich möchte nun zu einigen Gerüchten Stellung nehmen, die hier aufgetaucht sind insbesonders auf eine Rede, die ich gestern vor der deutschen Kolonie gehalten habe. Ich habe auf eine Begrüßungsansprache des Vorstehenden darauf hingewiesen, daß wir in Genf einen großen Schritt vorwärts gekommen sind, und zwar habe ich dabei darauf hingewiesen, daß heute zwischen Frankreich und Deutschland weiter verhandelt wird, nicht über die Verminderung der Besatzung um irgendeine Ziffer, sondern um die ganze Frage der Rheinlandräumung und um die Frage des Verhältnisses des Saargebietes zu Deutschland. Damit habe ich keine Unklarheiten begangen, da mir die Havas-Meldung vorlag über den gestrigen französischen Ministerrat, in dem ganz offen von diesen Fragen gesprochen worden ist. Ich habe im Zusammenhang mit der Regelung der Saarfrage vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gesprochen und damit auch die vielfach stattfindende Volksabstimmung im Saargebiet über seine Rückkehr zu Deutschland angedeutet.

Ein Mailänder Blatt sprach am Mittwoch davon, daß ich die Angliederung Oesterreichs an Deutschland und die Annektion Südtirols ausgesprochen habe. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob man darüber in Thoiry gesprochen hat. Die Verhandlungen von Thoiry waren sehr bedeutungsvoll für die Politik; aber wenn man glaubt, daß dort eine neue Verteilung Europas besprochen wurde, so muß ich sagen, daß man diese Unterredung überschätzt. Andererseits soll man mich nicht unterschätzen und mir die Torheit zutrauen, eine Rede gehalten zu haben, wie sie heute verbreitet wird. Gerade gegenüber manchen Anforderungen in meinem eigenen Lande bin ich mir klar geworden über den Grad des Fortschrittes der ganzen Beziehungen, der heute möglich ist. Ich freue mich, daß er härter ist, als ich früher vermutet habe. Aber wer in meinen Worten irgend etwas sucht, was über die Fragen hinausgeht, oder wer in meinem Hinweis, das man nimmer im Völkerbund sich des Selbstbestimmungsrechtes, zum Beispiel des Memellandes, annehmen müßte, eine Sensation machen will, der tut es aus Sensationslust oder bösem Willen. Ich glaube, wir alle können uns im Geiste des Völkerbundes der Fortschritte freuen, die die Verständigung der Nationen seit Deutschlands Eintritt gemacht hat. Ich freue mich besonders des Fortschrittes der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, weil ich darin den Kern der großen Frage der europäischen Verständigung sehe. Aber wer diese Verständigung will, möge sie nicht durch solche Sensationen und unbegründete Gerüchte stören!“

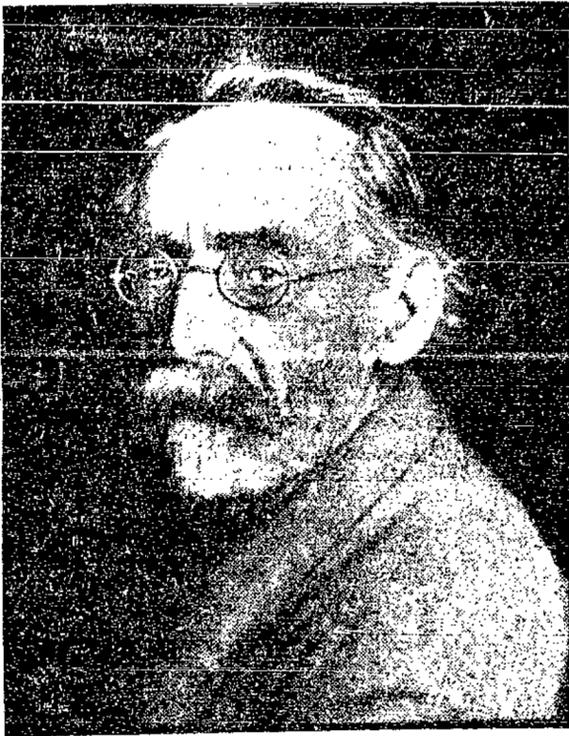
Am Schluß erklärte der Reichsaussenminister, daß er persönlich die Vertretung Deutschlands im Rat übernehmen werde. Seine Ausführungen wurden wiederholt von der gesamten Presse von lebhaftem Beifall begleitet.

Die Amerikaner machen der Abrüstungskommission Vorwürfe.

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die vorbereitende Abrüstungskommission, die am Mittwoch ihre zweite Session begann, erlebte eine unvorhergesehene, wenn auch durchaus natürliche, ja, man kann sagen, erwünschte Ueberraschung. Der amerikanische Delegationschef Gibson erklärte, daß die Militärkommission A sich bei ihren Arbeiten viel zu sehr von politischen Gesichtspunkten habe leiten lassen, anstatt sich streng auf dem ihr zugewiesenen militärtechnischen Boden zu halten. Er habe deshalb den Antrag, daß die Militärkommission sich in Zu-

kunft streng an ihre Instruktionen halte und die bisherigen Ergebnisse ihrer Arbeiten bei der zweiten Lesung in diesem Sinne nochmals überprüfe. Ferner soll die Militärkommission A in ihrem Bericht alle diskutierten Auffassungen ausführlich wiedergeben.

Die spanische Regierung hat der vorbereitenden Abrüstungskonferenz mitteilen lassen, daß ihre Vertreter, wie bisher, an den Beratungen der Kommission teilnehmen werden. Dagegen hat die brasilianische Regierung wissen lassen, daß sie jede Teilnahme an den Völkerbundsarbeiten ablehnt.



Richard Fischer.

Im 72. Lebensjahre starb in Köpenick bei Berlin der Veteran unserer Partei, Richard Fischer, zuletzt Geschäftsführer des „Vorwärts“.

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Antrag der amerikanischen Delegation in der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, sich in der Nachmittags-Sitzung des Ausschusses auf harten Widerstand der Vertreter Italiens, Rumäniens und Belgiens. Sie alle wehrten sich mit der Versicherung, daß die militärische Kommission sich immer sehr gehütet habe, auf politische Nebenpunkte zu geraten, und erklärten, daß mit der Annahme des amerikanischen Vorschlages die ganze bisherige Arbeit der Konferenz gefährdet werden könnte. Lord Robert Cecil veruchte sich vermittelnd, indem er vorschlug, einen sechsgliedrigen Ausschuss einzusetzen, um die Tätigkeit der technischen Kommissionen in Zukunft fortlaufend zu beaufsichtigen. Gegen diesen Antrag wandte sich unter anderem der Broudeur mit dem Hinweis, daß in einem solchen Ausschuss neben den fünf Großmächten die kleinen Staaten keine genügende Vertretung erhalten würden. Schließlich einigte man sich auf die Einsetzung eines dreigliedrigen Ausschusses, der aus Götlibon (Vereinigten Staaten), Perez (Argentinien) und de Marini (Italien) besteht. Dieser Ausschuss hat die Aufgabe, bis Donnerstag nachmittag den amerikanischen Antrag in einer annehmbaren Form vorzulegen. Bemerkenswert war, daß die französische Delegation während der ganzen Debatte schwieg.

Der vierzehner-Ausschuss der Konferenz der Mitgliedsstaaten des Internationalen Gerichtshofes für die Prüfung der amerikanischen Vorbehalte hat einen Schlussbericht genehmigt, der am Donnerstag einer Vollversammlung der Konferenz vorgelegt werden soll. Das Ergebnis der Beratungen des Ausschusses ist, daß vier der amerikanischen Vorbehalte anerkannt werden können, während der fünfte als unannehmbar bezeichnet wird. Es handelt sich hierbei um die Bestimmung, daß der internationale Gerichtshof in allen Fällen kein Gutachten ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten abgeben soll, in denen Amerika mitinteressiert ist oder zu sein behauptet.

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die 1. Kommission der Völkerbundsversammlung hat dem von der 3. Kommission bereits angenommenen Antrag Jugoslawiens, wonach der Völkerbundrat die Grundzüge der Locarno-Verträge allen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes empfehlen und den Abschluß ähnlicher Verträge möglichst fördern soll, nach einer langen Debatte zugestimmt. Der Zusatzantrag Finnlands, daß die Anerkennung der Locarno-Grundzüge nicht auch eine Zustimmung zu dem besonderen Protokoll über die Annahmefälligkeit Deutschlands in Bezug auf Artikel 16 des Völkerbundsstatutes bedeute, soll nur vom Bericht-erfasser in angemessener Weise erwähnt werden.

Der Sicherheitsdienst der Reichsbahn.

Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, hat der Generaldirektor der Reichsbahn an alle Dienststellen eine Verfügung erlassen, in der unter Hinweis darauf, daß nach dem Urteil von Reiserde weitere Bahnrevue verübt worden sind, bestimmt wird, daß alle Streifen eines Bezirks vom Streifendienst wöchentlich ein mal bei Nacht, nach Möglichkeit mit Polizeihund, begangen werden. (Etre schnelle Auswirkung der Forderungen der Öffentlichkeit nach den letzten Unglücksfällen! D. Red.)

Steuerfragen im Preussischen Hauptauschuss.

Der Hauptauschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Mittwoch mit der Festlegung des Verteilungsschlüssels für die neue Reichs Kraftfahrzeugsteuer. Ein von der Regierung vorgelegter Gesetzentwurf sieht eine wesentliche Veränderung in der bisherigen Verteilung für Preußen vor. Abgeordneter Leinert (Soz.) wies darauf hin, daß die Provinzen die Kraftfahrzeugsteuer in ihren Haushaltsplänen nach dem bisherigen Finanzausgleich eingestellt haben, sodas durch eine Neuverteilung die Haushaltspläne vollkommen in Unordnung geraten. Der Ausschuss beschloß, die Regierung zu ersuchen, bei der endgültigen Regelung der Kraftfahrzeugsteuer auf Beseitigung des Brüden-geldes Bedacht zu sein. Ein Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion, der eine Neufestlegung der Zuschläge zur Grund- und Vermögenssteuer nach der Benutzung des Grundstücks verlangte, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt, nachdem sich die Vertreter des Finanz- und Innenministeriums gegen den Antrag ausgesprochen hatten. Auch ein Vermittlungsantrag, der im Kommunalabgabengesetz den Gemeinden die Möglichkeit geben will, die Staffung der Grundsteuer selbst zu beschließen, fand keine Mehrheit. Es bleibt infolgedessen bei dem bestehenden Steuerrecht.

Der polnische Außenminister ist zufrieden.

Warschau, 22. September. (Eig. Drahtbericht.) Der polnische Außenminister Jaleski erklärte dem Genfer Korrespondenten des „Kurjer Warszawski“, er sei mit dem in Genf erzielten Ergebnis völlig zufrieden. Polen habe zwar einen berechtigten Anspruch auf einen ständigen Ratssitz im Völkerbund, aber die Entwiklung der Dinge seit der Wärtztagung habe deutlich gezeigt, daß die Verwirklichung dieses Anspruchs unmöglich gewesen sei und entsprechende Bemühungen nur zu einem Austritt Polens aus dem Bunde geführt hätten. Darauf durfte es Polen aber nicht ankommen lassen, nachdem Deutschland in den Bund eingetreten wäre.

Der sozialistische „Robotnik“ schreibt, daß die Ergebnisse der Völkerbundsversammlung polniseherseits mit Freuden aufgenommen und als durchaus günstig bezeichnet werden müssen, denn sie stellen das Maximum dessen dar, was Polen erreichen konnte. Das Ergebnis bestätigt die Richtigkeit und Zielmäßigkeit der von den Ministern Strzymski und Jaleski im Völkerbunde betriebenen Politik.

Der der Warschauer Regierung nahestehende Kratauer „Gazet“ schreibt: „Von dem Augenblick der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und der Ratifizierung der Locarno-Verträge gibt es in Europa kein wichtigeres politisches Problem, als die Klärung der Beziehungen Deutschlands zu Rußland. Davon hängt die tatsächliche Pazifizierung Zentral- und Osteuropas ab, ohne die auch eine Verbindung im Völkerbund ist. Das dunkle Verhältnis Berlins zu Moskau laßt immer als Wolke über dem europäischen Frieden.“

Die polnischen Rechtsparteien wieder gegen die Pilsudski-Regierung.

Warschau, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch fand in der Budgetkommission des Sejm die zweite Lesung des Budgetprojekts statt. Während die Linksparteien für das Budget stimmten, brachten die Rechtsparteien einen Antrag auf Herabsetzung der vorgesehene Ausgaben um 32 Millionen ein. Ferner verlangten sie mit der Bestätigung des Budgets den Ersatz eines Gesetzes, demzufolge die einzelnen Minister für eine Ueberschreitung der vorgesehene Ausgaben in ihrem Ressort persönlich haftbar gemacht werden sollen. Der Finanzminister Klarner trat dieser Forderung energig entgegen und erklärte, es sei unmöglich, im Rahmen des Budgets zu wirtschaften, und Ueberschreitungen seien deshalb nicht zu vermeiden. Die Streichung der 32 Millionen betrachte der Minister als eine politische Demonstration. Sollte die Herabsetzung beschlossen werden, so würde die Regierung aus diesem Beschluß die Konsequenzen ziehen und demissionieren.

Der telephonisch von diesem Vorfalle verständigte Ministerpräsident Bartel schloß sich nach Rücksprache mit Pilsudski der Auffassung des Finanzministers an. Die Entscheidung wird in der am Donnerstag stattfindenden Wärtztagung des Sejm fallen.

WBS, meldet aus Warschau: Gestern abend erwartete man auf dem Warschauer Bahnhof die Ankunft des ehemaligen Führers der Regierungstruppen, Ministers a. D. Malczewski, der aus dem Gefängnis entlassen wurde. In der Nähe des Bahnhofs hatten sich viele Gegner des gegenwärtigen Regimes angesammelt, die dem General eine Festigung darbringen wollten. Als die Nachricht kam, daß der General noch nicht eingetroffen sei, bildete sich ein Demonstrationzug, der unter Schreien auf den General in die Stadt zog. Der Polizei gelang es erst nach mehreren vergeblichen Versuchen, die Demonstranten zu zerstreuen. Wie die Nachrichten melden, wird General Malczewski heute abend in Warschau einreisen. Es wird mit einer Wiederholung der Rundgebung gerechnet.

„Die Kriegshehe in französischen Schulbüchern“

Wäre die wegen ihres „Dolchstoß“-Sonderheftes und anderer Dinge rühmlichst bekannte „Süddeutschen Monatshefte“ beauftragt, ein ganzes Heft den reaktionär-kriegsverherrlichenden Schulbüchern der französischen Schulen zu widmen. Die ganze Pressepresse hat nachher, wie Zeitungsauschnitte beweisen, Material daraus veröffentlicht, darunter auch die „Freilauer Zeitung“, unter der Überschrift: „Ein Dokument französischer Schande“. Am Schluss dieses Artikels fragt die „Freilauer Zeitung“: „Wo aber bleiben die französischen Staatsbürger?“

Die Antwort gab auf diese Frage ein französischer Lehrer und Pazifist durch einen Brief, den er schon vor längerer Zeit an den Führer der pazifistischen Weltjugendliga, Studienleiter Georg Schirmer, sandte.

Da die „Freilauer Zeitung“ auf diese immerhin recht bemerkenswerte Erwiderung nur mit einer kurzen Notiz in ihrer Nummer vom 15. September eingegangen ist, bitten wir mehrere der demokratischen Partei angehörige Mitglieder der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ um Veröffentlichung dieses Briefes, der im Original in dem hier wiederabgedruckten deutschen Text, nicht französisch, abgedruckt ist. Er heißt in dem Brief:

Valence (Drôme), den 26. März 1926.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Neulich schickten Sie mir ein paar Nummern der „Preussischen Lehrerzeitung“, die sich mit der französischen Pädagogik befaßt. Eine besondere Aufmerksamkeit verdient der ausführliche Aufsatz des Herrn Professor Dr. Rüdiger Hannover, in der Nummer vom 17. November. Der Verfasser tadelt den gemeinen deutschfeindlichen Geist einiger französischer Schulbücher und hierin hat er vollständig recht. Es sind leider zu viel solcher Bücher in allen europäischen Staaten vorhanden. (Vergl. das Buch von Prudhommeaux, Enquete sur les livres scolaires, enthaltend eine unparteiische Untersuchung der Carnegie-Stiftung über die Schulbücher und den Frieden.) Daß aber diese Bücher in Frankreich wirklich verbreitet und einflußreich seien, bestreite ich ganz entschieden an der Hand der folgenden Tatsache:

Die angeführten Bücher von Journier werden dieses Jahr, laut mir persönlich gegebener Versicherung des Verlegers, aus dem Bücherverzeichnis des Verlages (Gedalgé, Paris) wegen ihrer kriegerischen Tendenz gestrichen werden. ... kein Wunder! Die Geschichten des Krieges für die Jugend, die fast durchweg ebenso schlecht sind, finden glücklicherweise keinen Absatz.

Gedenken wir außerdem, daß in Frankreich die Volksschullehrer selbst in amtlichen Verammlungen das Verzeichnis der Bücher aufstellen, die in den staatlichen Schulen gelehrt werden dürfen. Nach bloßer — theoretischer — Einwilligung der Behörde tritt das Verzeichnis in Kraft, und jeder Lehrer wählt sich dann daraus ganz frei dieses oder jenes Buch zu seinem Unterricht. Der Schuldirektor kann nicht einmal ein Hilfsmittel die Wahl eines bestimmten Buches aufzwingen. In dem Gymnasium ist die Freiheit der Lehrer in dieser Hinsicht womöglich noch größer. Es kann also nicht geleugnet werden, daß in der Frage, die uns beschäftigt, alles letzter Hand von dem Geist der Lehrerschaft abhängt.

Was macht denn die französische Lehrerschaft? Herr Professor Rüdiger schreibt, daß „ein Teil der Lehrer durchaus nicht mit der von diesen und anderen in der Schule betriebenen Hehe einverstanden ist“. Er erwähnt den „Syndicat National des Instituteurs“ (70 000 Mitglieder, „Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale“). Ich füge die Fédération de l'Enseignement laïc hinzu (gegen 5000 Mitglieder, Moskauer Internationale).

Beide Lehrerverbände sind ernstlich an der Arbeit, neue Schulbücher im Geiste des Friedens und der Völkerverständigung verfaßt zu lassen, besonders im historischen Fach.

Prüfen wir übrigens die neu erscheinenden Schulbücher in Frankreich, so müssen wir feststellen, daß sie nicht mehr dem alten, engen nationalfeindlichen Geist dienen, sondern meist von einem echten Gefühl der Völkergemeinschaft getragen werden.

Ich will nur noch einen untrüglichen Beweis der in diesem Geiste geleisteten Arbeit anführen. Die Zeitung „Le Temps“ erklärt in ihrer Nummer vom 24. März, daß sie „mit einem Schaudern“ dem „wachsenden Schulpatzismus“ der französischen Lehrerschaft und Arbeiterchaft feht; sie erzählt, daß neulich in einer der größten höheren Mädchenschulen von Paris eine Lehrerin aus den Büchern ihrer Schülerinnen eine Seite abriß, wo gegen Deutschland gesprochen wurde und daß die Direktorin diese Handlung billigte; der „Temps“ sieht darin eine große Gefahr, behauptet, daß der Unterricht in Deutschland ganz und gar kriegerisch ist, zitiert auch dieses und jenes Schulbuch und fordert, daß die deutschen Lehrer den Anfang machen!

Wir haben aber, trotz dieser Vorwürfe, nicht abgewartet, wer den Anfang machen sollte; der Vorwand wäre zu bequem zum Nichtstun und zum Beharren beim Alten. Wir sind schon richtig vorwärts geschritten. Und wir lauern auch nicht beständig nach Deutschland hinüber, ob es dort gleichen Schrittes geht, denn wir verlassen uns auf unsere deutschen Gefinnungsfreunde und auf alle deutschen Kollegen, die höher als die poli-

sthen Ermüdungen seinen verpflichtenden Grundfah der Religion und der Moral stellen:

Du sollst deinen Nächsten lieben.

Mit herzlichem Grüßen

Ihre ganz ergebener

Pierre Dorez, Professor.

Ferner ist im Maiheft des Organs der französischen Lehrerschaft der Bericht der ständigen Kommission der Gewerkschaft erschienen, der die Streichung der in den Departementslisten enthaltenen Schulbücher mit kriegerischer Tendenz obliegt. Dilem Bericht ist eine Resolution vorgelegt, die von den 78 000 Mitgliedern der Gewerkschaft angenommen wurde:

„Die 78 000 französischen Lehrerinnen und Lehrer, die in der Gewerkschaft des Landes organisiert sind, beschließen, einigend ihrer Pflicht als Erzieher und in der Ueberzeugung, daß die Verständigung und Zusammenarbeit der Völker, die sich infolge des Krieges feindlich gegenüberstanden, durch Erziehung in der Schule herbeigeführt werden muß, mit allen ihren Kräften dafür zu arbeiten, daß die Jugend zur Kenntnis und zum gegenseitigen Verständnis der Völker geführt werde und dadurch der Organisierung des Friedens dienlich.“

Das sind zwei wichtige Dokumente für die Haltung der Lehrerschaft in Frankreich. Wie steht es aber mit der Mehrzahl unserer Lehrer?

Der Uebergangene.



„Ehling: „Mertwürdig, alle schreiben sie „Todesurteil gegen Schröder“ — und dabei ist es doch mein Todesurteil...“

Neue Verhandlungen über die polnische Wanderarbeiter-Frage.

Die Verhandlungen über polnische Wanderarbeiter zwischen Polen und dem Deutschen Reich sind am 21. September wieder aufgenommen worden. Vorsitzender der polnischen Delegation ist der Direktor des polnischen Emigrationsamtes in Warschau, Ministerialdirektor Dr. Sawronski. Den Vorsitz der deutschen Delegation führt der Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Dr. Berger.

Neuer belgischer Frankensturz.

Brüssel, 22. September. (Eig. Drahtbericht.) Der belgische Franc ist am Mittwoch plötzlich von 180 auf über 186 das Pfund. Dieser Vorgang rief eine beträchtliche Nervosität hervor und gab Anlaß zur Verbreitung der pessimistischen Auffassung, daß die ganze Stabilisierungaktion wieder zum Scheitern verurteilt sei. Der Finanzminister Francqui erließ zur Beruhigung sofort eine geharnischte Erklärung gegen die Spekulationen, in der abermals versichert wird, daß die Stabilisierung günstig fortzuschreiten und bald erfolgreich verwirklicht sein werde. Die Ursachen des neuen belgischen Frankensturzes sollen in Paris zu suchen sein. Die Schwankungen der französischen Finanzpolitik hätten den französischen Frankensturz verursacht, der man in Paris durch ein hartes Angebot belgischer Franken abzuwehren suchte. Seides drückte auf den belgischen Franken.

„Licht und Schatten in der Sowjetpresse.“

Der Leiter der Zentralen Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Jaroslawski, hat vor kurzem der kommunistischen Presse offensichtlich den Vorwurf gemacht, daß sie den Schattenseiten des Lebens in der Sowjetunion zu viel Aufmerksamkeit schenkte. Der bekannte Kommunist Sosnowski, einer der angegriffenen kommunistischen Journalisten, setzt sich in

der „Pravda“ vom 10. September gegen diesen Vorwurf energig zur Wehr. Der Vorwurf sei einfach unbegründet; die Presse sei nicht nur nicht zu pessimistisch, sie schweige vielmehr viel zu viel in ungeschickter offiziellem Optimismus:

„Nach in diesem Frühjahr hat Genosse Gussow, der von der Partei zum Chef der Presseabteilung unseres Zentralkomitees ernannt wurde, der Presse öffentlich Vorwürfe gemacht, daß sie feige, servil und vom offiziellen Optimismus durchdrungen sei. Ueber Seriosität und offiziellen Optimismus sprach, wir erinnern sich, auch Genosse Molotow im Zusammenhang mit den Gebirgen der Sowjetunion.“

Jaroslawski verlangt nun, daß man mehr über die „Schattenseiten“ des russischen Lebens schreiben müsse. Sosnowski ist auch der Meinung, daß dies öfter geschehen müsse, er meint aber, daß dies nicht so einfach sei:

„Man kann nicht sagen, daß man sie (die „Schattenseiten“) überhaupt verschweigt, doch wird darüber sehr wenig und in keineswegs überzeugender Form geschrieben. Entweder zu trocken oder zu leichtfertig. Diese Mängel herauszufinden, ist aber auch keine leichte Aufgabe. Man glaubt, endlich einen Lichtblick erwischt zu haben, man nennt ihn oft „Muster“ oder „vorbildlichen Versuch“. Bei näherer Betrachtung erweist er sich jedoch als Trugbild als Vorspiegelung falscher Tatsachen. Es ist das was Lenin seinerzeit wie folgt glosiert hat:

„Wie sehen diese Erfolge in Wirklichkeit aus? Wirten sie überzeugend? Sind es nicht bloß Märchen, Bräselchen, Beredsamkeiten von Intellektuellen („Wir sind auf dem besten Wege“, „der Plan ist fertig“, „wir sehen alle Kräfte in Bewegung“, „sehen wir unsere Sache gewiß“, „es ist zweifellos ein Fortschritt zu verzeichnen“) und ähnliche abenteuerliche Pläne, die „mir“ so meisterhaft zu produzieren verstehen?“ (Lenins Werke, Band XV, S. 482.)

Lenin kannte gut das Wesen dieses „musterhaft-vorbildlichen“ Abenteuereriums.“

Diese Worte sollten sich manche Rußlands-Reisende gut einprägen.

Aus dem Reich.

Großzügige Notstandsarbeiten in Hamburg. Die Hamburger Bürgerchaft genehmigte nach längerer Debatte am Mittwochabend einen Senatsantrag über die Notstandsmaßnahmen. Es sind rund 30 Millionen Mark für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehen, 11 Millionen Mark sollen außerordentlich dem Wohlfahrtsamt zur Verfügung bedürftiger Personen gestellt werden. Außerdem sollen 4 Millionen der Notstandskommission für Berufe ausgeschrieben werden, die durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht erfaßt werden können. Die Kommunisten hatten zu diesem Programm mehrere Anträge gestellt, deren Durchführung etwa 500 Millionen Mark erforderten (!) Ihre Ablehnung wurde von den Kommunisten mit großer Entrüstung aufgenommen. Mit dem Notstandsprogramm beschloß die Bürgerchaft die Aufnahme einer sechsprozentigen Hamburgischen Auslandsanleihe im Gegenwert von etwa 60 Millionen Reichsmark, die insbesondere für Eisenbahn-, Hofenbauten und Ausschluß von Staatsgelände bestimmt ist. Dazu erfährt unser Hamburger Vertreter, daß diese Anleihe von einer Londoner und New Yorker Gruppe gegeben werden wird. Die Londoner Anleihe beträgt zwei Millionen Pfund Sterling, ist 25jährig und ähnlich wie die kürzlich in New York aufgenommene 64prozentige preußische Anleihe tilgbar. Die in New York aufgenommene Anleihe beträgt 10 Millionen Dollar, ist 20jährig und unterliegt keiner Tilgung. Vielmehr ist die Rückzahlung der Gesamtsumme erst bei Ablauf der 20 Jahre fällig. Der Hamburgische Staat hat das Recht, beide Anleihen nach fünf Jahren ganz oder teilweise zurückzuzahlen, die Londoner Anleihe zu 102 Prozent und die New Yorker Anleihe zu 100 Prozent.

Aus der preussischen inneren Verwaltung. Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge wurde Regierungsrat Dr. Gramsch im Ministerium des Innern kommissarisch mit der Verwaltung des Landratsamtes in Heiligenbeil beauftragt. Reg.-Assessor Gail in Wiesbaden wurde kommissarisch mit der Verwaltung des Landratsamtes in Einbeil beauftragt. Ernannt wurden der kommissarische Landrat Stadtrat Dr. Figner in Eisleben zum Landrat, Regierungsrat Bredow in Arnswalde zum Landrat, Regierungsrat Lauenstein in Sülzingen zum Landrat und Regierungsrat Werber in Groß-Strehlik zum Landrat.

Ein „vaterländischer“ Führer als Sittlichkeitsverbrecher an Kindern. Vor dem nordhürtingischen Gericht Geleben hatte sich dieser Tage ein politisch rechtsstehender Lehrer Schindler wegen zahlreicher Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten. Der geständige Angeklagte erhielt drei Jahre Zuchthaus wegen 23fachen Sittlichkeitsverbrechens an seinen Schülkindern. Aus der Urteilsbegründung ist für die Öffentlichkeit interessant, daß nach Feststellung des Gerichts der Angeklagte nicht nur schändliche das Vertrauen seiner vorgelegten Behörde getäuscht und seine Feststellung, daß er das ganze Vaterland getäuscht habe, indem er sich an die Spitze der vaterländischen Bewegung seines Ortes stellte.

Jimmie Higgins.

(Roman von Upton Sinclair.)

Autorisierte Uebersetzung von Hermann zur Mühlen. (Landrat verboten.)

Derart ward Jimmie eine neue Dosis Patriotismus eingefloßt und eine recht beträchtliche, denn Sanktewitz war Feuer und Flamme für seine neue Ueberzeugung und ebenso propagandabehaftet, wie zu der Zeit, da er sich noch einen Internationalisten genannt hatte. Er gestattete keine abweichende Meinung, ergrimmte bei der bloßen Erwähnung jener „formelbehafteten“ Mitglieder der Ortsguppe, die nach immer gegen den Krieg waren. „Entweder sie sind Idioten oder sie sind Deutsche!“ Und Genosse Sanktewitz war ebenso bereit, die Deutschen in Resonanz wie in Frankreich zu bekriegen. Er wurde während der Debatte demagogisch aufgeregt, daß er nollig Zigaretten und Zigaretten verlag, deren er sich im Verlauf von zwei Tagen entledigen mußte. Für Jimmie war diese Wandlung etwas äußerst Verblüffendes — nicht bloß die äußerliche — die Uniform und die Muskeln des rumänischen Juden, sondern auch seine Stellung zum Kriege, seine Loyalität dem Präsidenten gegenüber, der Amerikas Ehrenwort verpfändete und schwor, den unterdrückten, getnehteten Völkern Europas Freiheit und friedliche Zukunft zu sichern.

Jimmie ließ sich von Frau Meißner einen Bogen Briefpapier, Tinte und eine prachtvolle Kugelschreiber geben und schrieb mit großer Mühe und vielen orthographischen Fehlern an die Genossin Evelyn Gerrity, um sie seiner Leidenschaft und unerschütterlichen Freundschaft zu versichern. Er teilte ihr jedoch nicht mit, daß seine Ansichten über den Krieg kühnweit verändert worden waren, außerdem hätten sie gleich zu schwören auf, wenn er an Jack Gerrity dachte, gefehlt, in einer Einzelheit; dann verlangte es ihn sofort wieder nach der lokalen Revolution. Als er den Brief in einen Briefkasten geworfen hatte, lasste er eine Zeitung, um zu erzählen, was in Frankreich geschah. Und ebenwies führte ihn das Kriegsgeschick in Verdun. Durch verzweifelte, wehrlose Kämpfe war es den Engländern gelungen, den deutschen Ansturm einige Tage aufzuhalten. Doch war Sanktewitz — fortwährende Mühe, wenn die Revolution kommen werden sollte. Was er — Opaan drang der Schrei — Amerika nach Hilfe schicken. Was er — Munition, Nahrung, vor allem aber Geld! — Jimmies Sinn geriet ins Wanken, es trieb ihn den Ruf zu beantworten, diesen verzweifellen Kämpfern zu Hilfe zu eilen, diesen in Erbitterung kämpfenden, seit einer Woche Tag und Nacht ununter-

brochen kämpfenden Menschen. Könnte nur Jimmie sofort zu ihnen gelangen! Wäre nur nicht das Einengertieren da, die Unterwerfung unter einen militärischen Tyrannen! Würde es bloß nicht Kriegsgewinnler, korrupte Politiker, — läugerische, räuberische Zeitungen und andere Feinde der Demokratie im eigenen Lande!

Jimmie wandte keine Schritte heimwärts, da blieb sein Auge auf einem Anschlag an der Mauer des Hofgebäudes haften — eine schwarze Buchstaben schrieb ihm zu: „Dein Land bedarf deiner!“ Jimmie glaubte, es handle sich um die Freiheitssache, er war bereits des öfteren aufgefordert worden, sich von seinen Engländern zu trennen, doch war dies selbstverständlich stets erfolglos geblieben. Eines jähren Einengertens folgend, blieb er stehen und las den Anschlag: „Gelehrte Arbeiter werden für Frankreich gesucht.“ Er war folgte eine lange Liste: Tischler, Klempner, Elektriker, Holzhauer, Fader, Eisenarbeiter, Wäpfer, Köche, Kammeris — so ging es weiter, fast eine ganze Seite lang. Jimmie langte bei „Maschinen“ an und fuhr zusammen, dann kamen „Motorradfahrer“ und „Motorradreparaturer“. Er ballte fähig die Hände zu Fäusten. Eine wilde Idee durchquulte ihn, kaum vermochte er weiter zu lesen. Weshalb sollte er nicht nach Frankreich gehen, er, Jimmie Higgins? Nichts jesselte ihn an Amerika, er war frei, wie der Wind, der über den Ocean weht! Und er suchte nach Arbeit, weshalb nicht dort eine Aufstellung finden?

Derart konnte er sich an allen Abenteuern beteiligen, die großartigen Anblicke sehen, über die er soviel gelesen hatte, ohne lange erzipieren zu müssen und von einem militärischen Tyrannen kaniert zu werden. Jimmie sah nach, was für ein Lohn geboten wurde; einhundertsüßig Dollars in der Woche außer Wohnung und Verpflegung. In der letzten Zeile stand: „Weshalb wollt ihr nicht für Anteil Som arbeiten?“ Jimmie war gegen diesen Anteil augenblicklich sehr milde gestimmt und beschloß, es mit ihm als Arbeitgeber zu versuchen. War denn dies nicht das Ziel jedes Sozialisten — Angehöriger der Gewerkschaft, Diener des Staates, anstatt eines privaten Ausbeutens zu sein?

Jimmie erkundigte sich im Postamt und erfuhr, das Büro der „Kriegsarbeiter-Kontrollkommission“ befände sich an der Ecke der Hauptstraße. Er stürzte in diese Richtung und erklüfte eine große Tafel mit der Aufschrift: „Kriegsarbeiter gesucht.“ Vor dem Tafel hielt ein in Akkord gekleideter Soldat auf und ab. Nach war einer Woche hätte sich Jimmie gewagt, einen Kampf zu betreten, in dem ein Soldat den Herrn spielte, doch hatte er durch Emil und Sanktewitz gelernt, daß auch ein Soldat

ein menschliches Wesen sein könne. Er trat auf den Mann in Akkord zu und sagte: „Hallo!“

„Hallo!“ erwiderte der Soldat und warf ihm einen forschenden Blick zu.

„Wenn ich mich hier anwerben lasse, wann dann ich nach Frankreich fahren?“

„Heute abend.“

„Sie wollen sich wohl über mich lustig machen?“

„Dafür werde ich nicht bezahlt. Weshalb so große Eile?“

„Ich will nicht in eine Kaserne getrieben werden“, entgegnete Jimmie.

„Das wird Ihnen nicht passieren, wenn Sie sich auf Ihre Arbeit verlassen, was sind Sie?“

„Maschinist, ich habe auch Fahrräder repariert und verfiße mich ein wenig auf Motorräder.“

„Treten Sie ein“, sagte der Soldat, ging Jimmie voran und steuerte ihn einem Feldwebel vor. „Da ist ein Maschinist, der es scheinbar sehr eifrig hat; ich nehme an, daß er keiner Frau fortlaufen wird.“

„Es geht heute ein Trupp Leute nach der Kaserne ab“, bemerkte der Feldwebel.

„Kaserne?“ wiederholte Jimmie. „Ich will aber doch nach Frankreich.“

Der andere lächelte. „Sie können nicht recht erwarten, daß wir Sie nehmen, ohne Ihre Fähigkeiten ausprobiert zu haben.“

„Das stimmt“, meinte Jimmie zweifelnd. Er fürchtete, befragt zu werden. Wie, wenn man ihn als Arbeiter anwirbt und ihn dann zum Kämpfen zwingt?“

Der Feldwebel fuhr fort: „Wenn Sie den Anforderungen entsprechen, werden Sie rasch genug nach Frankreich kommen; dort drüben braucht man sofort Leute, wie werden gewiß nicht unruhig Zeit verlieren.“

„Ich weiß nicht recht“, warf Jimmie ein, „ob Sie mich nehmen werden, wenn Sie mehr über mich wissen — ich bin Sozialist.“

„Ich glaube, Sie seien Maschinist“, entgegnete der Feldwebel.

„Ich bin aber auch Sozialist, habe mich vor zwei Jahren am großen Streik beteiligt; mein Name steht auf der schwarzen Liste. Hier kann ich nirgends Arbeit finden.“

„Um so besser wird es für Sie sein, die Stadt zu verlassen.“

„Können Sie wirklich einen Menschen wie mich brauchen?“ beharrte Jimmie.

(Fortsetzung folgt.)

Die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Von Morris Hillquit (New York).
(Schluß.)

In den Vereinigten Staaten haben die Arbeiter bis jetzt keinen bestimmten Platz im politischen Leben des Landes zu beanspruchen vermocht, und die „Arbeiterfrage“ hat nie eine entscheidende politische Bedeutung erlangt. Klassenkämpfe, die bisher in praktischer amerikanischer Politik ihren Widerstand fanden, sind gewöhnlich aus Konflikten zwischen den landwirtschaftlichen und den industriellen Gebieten des Landes entstanden. Immer seit dem Bürgerkrieg ist die Regierung der Vereinigten Staaten vom industriellen Kapitalismus beherrscht gewesen. Die Opposition stammt aus den Weizen- und Maisdistrikten der westlichen und mittelwestlichen Staaten. Die gegenwärtige „radikale“ Gruppe im Kongress ist in der Hauptsache vom selben Typus und Ursprung und weist alle bezeichnenden Merkmale eines agrarischen Radikalismus auf, die sich von einem Radikalismus der Großindustrie oder der Arbeiterklasse deutlich abheben. Er ist antikapitalistisch, antimilitaristisch und anti-imperialistisch, aber individualistisch und im Grunde ernationalistisch.

Als das Völkerbundsstatut zuerst dem Senat zur Ratifikation unterbreitet wurde, opponierte die „radikale Gruppe“ hauptsächlich aus der Erwägung, daß die Garantie territorialer Unverletzlichkeit gegenüber Angriffen von außen, die in Artikel 9 enthalten ist, geeignet sei, alle Mitglieder des Völkerbundes in die fortwährenden Grenzstreitigkeiten Europas zu verwickeln. Mit den Jahren ist diese Opposition beständig größer und entschiedener geworden. Heute verwerfen die amerikanischen Radikalen den Völkerbund sowohl als Ganzes, wie nach seiner organisatorischen Seite. Sie erblicken in ihm mehr ein Kriegs- als ein Friedensinstrument, weil der Vertrag den Krieg unter gewissen Umständen gutheißt oder wenigstens gestattet, und weil er sich in letzter Instanz auf die Waffengewalt stützt.

Die Erfahrungen des Weltkrieges haben bei den meisten amerikanischen „Radikalen“ den Glauben an die Wirksamkeit der Gewalt als Mittel zur Erledigung internationaler Handel zerstückt. In wachsender Zahl bekennen sie sich zu dem Grundsatz der „Nichtigkeit des Krieges“, womit sie unabweislich und durch allumfassenden internationalen Vertrag den Krieg in jeder Form und unter allen Umständen abschaffen und die Durchführung internationaler Vereinbarungen, Entschiede oder Beschlüsse auf „die allgemeine Zustimmung und den gegenseitigen Respekt vor der Geistesverfassung der Menschheit“ stützen wollen.

Der Völkerbund begegnet überdies, so wie er beschaffen ist, besonderer Ungnade seitens der amerikanischen Radikalen, weil er einen Teil des Vertrages von Versailles bildet. Sie beklagen sich darüber, daß der Völkerbund geschaffen wurde und aufrechterhalten wird, um die Herrschaft des europäischen Imperialismus fortzusetzen zu lassen. Sie verweisen zur Unterstützung dieser Anschauung auf die Zusammenkunft und die Kompetenzen des Völkerbundesrates und auf die unrühmliche Folge von Anordnungen und Unterlassungen, die dem Völkerbund während der wenigen Jahre seiner Tätigkeit zur Last fallen.

Die ablehnende Haltung der amerikanischen Radikalen gegenüber der Streichung der Kriegsschulden entspringt aus Ursachen, die nicht ohne Beziehung zu jenen sind, welche dem Widerstand gegen den Völkerbund zugrunde liegen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten, so argumentieren sie, hat von der Bevölkerung ungefähr 10 Milliarden Dollar für Darlehen an ihre Verbündeten entlehnt. Irgend jemand wird diese Riesensumme zu zahlen haben. Wenn die europäischen Schuldner von ihrer Verpflichtung entbunden werden, so wird die Last ganz und gar auf die amerikanischen Steuerzahler fallen, mit Einschluß der amerikanischen Arbeiter und Farmer. (Der Gedanke, die Bürde des Kriegsgewinners aufzuliegen durch eine besondere Abgabe auf Großgrundbesitz und hohes Einkommen, ist unseren „Radikalen“ noch nicht eingefallen oder findet bei ihnen kein Gehör.) Und die ganze Geschichte scheint ihnen dieses Opfers wert. Die Kritik unserer früheren Verbündeten im kontinentalen Europa erfolgt wegen ihres Mangels an entschlossenen und konsequenten Anstrengungen, ihre ökonomischen Grundlagen neu zu schaffen, wegen ihres verhängnisvollen Jögerns, schwere Steuern aufzulegen, und wegen der unproduktiven Ausgabe großer Geldsummen für Rüstungen. Die Regelung der britischen Schuld, die auf rein geschäftlicher Grundlage erfolgte, begünstigte nur geringem Wider-

spruch, aber die Abmachungen mit Frankreich und Italien, die viel freiergeiger ausfielen, stießen auf heftigen Widerstand. Den Hauptkernpunkt gegen Frankreich sehen die Radikalen in den verschwenderischen Ausgaben, die das Land nicht allein für seine eigenen militärischen Zwecke, sondern auch für den Aufbau starker Kriegsorganisationen in den von ihm protegierten fremden Staaten machte, während man die eigene Volkswirtschaft zugrunde gehen ließ. Die Abmachung, betreffend die italienische Kriegsschuld, erweckte den besonderen Unwillen der gesamten radikalen und liberalen öffentlichen Meinung Amerikas, weil die außerordentlich milden Bedingungen dazu angetan schienen, die faschistische Diktatur zu begünstigen und zu stärken. Fast 80 Prozent der Schuldbumme wurden gestrichen, mit der Begründung, daß Italien „außerstande“ sei, mehr zu zahlen, und zu gleicher Zeit, als dieses Schuldenabkommen erfolgte, machten die amerikanischen Bankiers der italienischen Regierung ein sehr großes Privat-Darlehen zu 7 Prozent nebst hoher Provision und beträchtlichem Diskont, was beim amerikanischen Volke den Eindruck erweckte, man habe ihm zugunsten der Bankiers das Fell über die Ohren gezogen.

Die organisierte Arbeiterchaft der Vereinigten Staaten hat, insofern sie durch den Amerikanischen Gewerkschaftsbund (American Federation of Labour) repräsentiert ist, im Laufe der letzten 6 Jahre eine beachtenswerte Sinnesänderung in ihrer Haltung zum Völkerbund durchgemacht. Als strammer Verfechter von Präsident Wilsons innerer und äußerer Politik hat der Amerikanische Gewerkschaftsbund auf seinem Kongress 1919 den Völkerbund aus voller Ueberzeugung als eine Institution begrüßt, „welche die stärkste Annäherung an die Vollkommenheit dessen darstellt, was je in den internationalen Beziehungen der Menschheit erreicht worden ist“. Im nächsten Jahr, als der Völkerbundsvertrag vollständig formuliert und angenommen war, begrüßte ihn der Amerikanische Gewerkschaftsbund immer noch „als einen ersten Vorstoß, den Frieden der Welt zu erhalten“, und im Jahre 1923, als Amerikas Eintritt in den Völkerbund in aller Form und endgültig verworfen wurde, befürwortete er die Beteiligung des Landes am Permanenten Haager Schiedsgerichtshof. Aber zwei Jahre später zeigt sich der Amerikanische Gewerkschaftsbund in dieser Sache vorsichtiger und unschlüssiger. Im Beschluß, der vom Gewerkschaftskongress 1925 angenommen wurde, heißt es: „Die Umstände, welche die gegenseitigen Beziehungen der Nationen der Welt beeinflussen, befinden sich in einem Zustand lebhafter Bewegung. Bei dieser veränderlichen Lage der Dinge von weltumfassender Natur erscheint es als ein gebieterisches Erfordernis, daß außerordentliche Vorsicht und Sorgfalt verwendet werde hinsichtlich irgendwelcher angebotener Entscheidungen von internationalen Folgen.“

Die Entwicklung der sozialistischen Partei verlief bis zu einem gewissen Grade in entgegengesetzter Richtung. Beharrlich gegen den Krieg in allen seinen Phasen und gegen den diktierten Gewaltfrieden, verurteilten die Sozialisten der Vereinigten Staaten vorbehaltlos den Völkerbundsvertrag als einen organischen Bestandteil des ungerechten Versailler Vertrages. Wie der Völkerbund den amerikanischen Sozialisten 1919 erschien, zeigt sich deutlich in der nachfolgenden Stelle eines Manifestes, das sie in aller Form an einem Nationalkongress im genannten Jahr annahmen, und dessen Verfasser der Schreiber dieser Zeilen ist:

„Um ihre wacklige Herrschaft der Gewalt und der Reaktion zu stützen, haben die triumphierenden Vertreter des Entente-Kapitalismus ein Exekutivkomitee ihrer Regierungen gebildet, das sie die Freiheit haben, unter der gefälschten-Maske eines Völkerbundes zur Schau zu stellen.“

„Das wahre Ziel dieses Bündnisses kapitalistischer Mächte besteht darin, ihren Raub zu sichern, die schwachen Nationen zu tyrannisieren, proletarische Regierungen zu vernichten und überall die fortschrittlichen Bewegungen der Arbeiterklasse zu durchkreuzen.“

„Der sogenannte Völkerbund ist die kapitalistische schwarze Internationale gegen den Aufstieg der Arbeiterklasse. Er ist der bewußte Zusammenschluß der Kapitalisten aller Nationen gegen die Arbeiterchaft aller Nationen.“

Diese Zeilen, die in hohem Maße dem bitteren Groll über den Verrat und die Reaktion der Alliierten am „Friedensstische“ entspringen, waren wohl ein sachlich richtiges Bekenntnis zu den ursprünglichen Aufgaben des Völkerbundes und zu den Motiven seiner Hauptbegründer. Aber soziale Institutionen ändern oftmals ihren Charakter und ihre Funktionen, wenn die allgemeine Lage sich ändert und ökonomischer Kräfte sich verschieben. Unter dem Druck der Fortschritte des europäischen Sozialismus und der Arbeiterchaft und unter der wachsenden ökonomischen Notwendigkeit internationalen Friedens hat der Völkerbund doch gewisse Aufbautenden entwickelt. Die sozialistischen

Parteien Europas und die sozialistische Arbeiter-Internationale haben ihn als ein wirksames Instrument für die Erhaltung des Weltfriedens erkannt und sich entschlossen, ihre ganze Kraft auf einen vereinten Vorstoß zu setzen, ihn allumfassend, demokratisch und fortschrittlich zu gestalten. Sie erachten es als von entscheidender Wichtigkeit, daß die Vereinigten Staaten dem Völkerbund beitreten. Unter diesen Umständen hat ein Teil der amerikanischen Sozialisten seine Haltung gegenüber dem Völkerbund in der Richtung des europäischen Programms modifiziert. Ein Teil, aber bei weitem nicht alle. Am letzten Landeskongress der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten, der im Mai dieses Jahres stattfand, verurteilte die Frage über Amerikas Beitritt zum Völkerbund eine lebhaft Diskussion, wobei die Vertreter der beiden Richtungen sich ungefähr die Waage hielten. Ein bestimmter Beschluß wurde auf den nächsten Kongress verschoben, der im Jahre 1928 abgehalten werden wird.

Hinsichtlich der Kriegsschulden an Amerika hat die sozialistische Partei sich für gänzliche Streichung ausgesprochen, unter der Bedingung, daß überhaupt alle zwischen den Alliierten bestehenden Schulden erlassen werden und eine entsprechende Reduktion der Reparationen eintrete.

Die Vereinigten Staaten können nicht mehr lange ihre Politik des Sich-Halten von den Lebensfragen Europas fortsetzen. Früher oder später werden sie sich zur aktiven Beteiligung an der transatlantischen Politik zwingen lassen, zum Schutze ihrer eigenen ökonomischen Interessen, wenn nicht aus anderen Beweggründen. Der amerikanische Kapitalismus ist schon heute dazu bereit. Die Aufgabe, welcher sich die unabhängigen europäischen Anhänger des Völkerbundes gegenübersehen, besteht darin, die unabhängige öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten mit demselben auszuföhnen. Diese Aufgabe wird in eben dem Maße gelöst werden, als der Völkerbund sich frei macht von dem Fluche imperialistischer Intrigen und Zeugnis ablegt von seiner aufrichtigen und vollständigen Entschlossenheit, das in Wirklichkeit zu werden, was er bis jetzt hauptsächlich bloß in der Theorie gewesen: ein Instrument internationalen Friedens und internationaler Gerechtigkeit.

Vor entscheidenden Kämpfen in China?

London, 23. September. (Eigener Funterbericht.) Nachrichten aus China belagen, daß eine große Entscheidungsschlacht zwischen den Truppen der Kantonomie und denen des Generals Sun-Schuan-Yang, der sich planmäßig in die Berge zurückzieht, in der Gegend von Kiangang, etwa 350 Meilen von Schanghai entfernt, bevorsteht. Die Kantontuppen haben einen großen Teil der Provinz Kiangang besetzt. Das Kantonische Peking ist zur Flucht gezwungen, so daß China jetzt überhaupt keine Regierung mehr besitzt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Lyoner Sozialisten bleiben fest gegen Herriot. Die sozialistische Parteiorganisation des Departements Rhone hat am Mittwoch von neuem über die Frage der Ersetzung Herriots als Bürgermeister von Lyon durch einen Sozialisten beraten. Nach langer Aussprache wurde beschlossen, in der nächsten Stadtratssitzung am Montag eine sozialistische Entschlossenung zu verlesen, in der betont wird, daß die sozialistische Mehrheit des Stadtrates das Recht habe, die Leitung der städtischen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen. Die sozialistische Partei läßt gleichzeitig ihren Wählern ihre Haltung in einem Flugblatt darlegen. Ein sozialistischer Stadtrat, der in der letzten Sitzung gegen den sozialistischen Widerstand gegen Herriot gestimmt hatte, ist aus der Partei ausgeschlossen worden.

Parteilose Fachleute im obersten russischen Volkswirtschaftsrat. Bekanntlich sind die Kompetenzen des Obersten Volkswirtschaftsrates, der höchsten Industriebehörde des Sowjetbundes, bedeutend erweitert worden. Nach seiner Reorganisation wird der Oberste Volkswirtschaftsrat nur noch einmal im Vierteljahr zu einer Plenarsitzung zusammenzutreten, während das Schwergewicht auf das Präsidium des Rates verlegt wird. Unter den neuen Mitgliedern des Obersten Volkswirtschaftsrates befinden sich 14 parteilose, darunter mehrere bekannte Gelehrte, wie der Chemiker Professor Zpatjem, die Professoren Kafenhau und Kamlin. Trotsky, der bisher einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates war, hat diesen Posten aufgeben müssen und wird dem Rat von jetzt ab nur als einfaches Mitglied angehören.

Wasserstand

23. September.

Rathor.	1,02	Ramem (Unter-Wege)	2,62
Nelle (Stadt) v. 22. 9.	-0,63	Dobemjuch	1,28
Neiseimündung (Unter-Wege)	1,53	Wassermenge letztendlich 69 cbm	
Brieg (Waldtan)	2,18	Rüchtenberg vom 22. 9.	0,57
Treiden	1,05	Wassersäule + 15,2°	

Nus aller Welt.

Deutschlands 24-Stündenzelt.

Amlich wird jetzt mitgeteilt, daß mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplans 1927 im inneren und äußeren Dienstverkehr der Reichspost und Reichsbahn die Stunden von Mitternacht beginnend, durchgehend von 1 bis 24 bezeichnet werden, wie das bereits in fast allen Ländern Europas der Fall ist. In den übrigen Verwaltungen und im bürgerlichen Leben bleibt es bei der bisherigen Zeitählung.

Bergarbeiterlos.

Auf der Zache „Friedrich der Große“ bei Bochum wurden zwei Bergleute durch herabstürzende Gesteine getötet.

Ein Rakauto vom Juge erschlag.

In Unter-Donauheim bei Bruchsal (Baden) wurde am Mittwoch vormittag ein Rakauto mit zwei Anhängern an einem nicht gesicherten Bahnhofsübergang einer Nebenbahn vom Juge erschlagen und völlig zertrümmert. Zwei Frauen, die vom Markt zurückkehrten, wurden sofort getötet, eine weitere lebensgefährlich und mehrere leicht verletzt.

Ein Fabrikdirektor wegen der Explosion seines Betriebes angeklagt.

Gegen den Direktor Schmidt der Pulverfabrik Sasloch, die am 30. Mai durch eine Explosion in die Luft flog, wobei 11 Arbeiter getötet und 23 schwer verletzt wurden, sowie gegen seinen Sohn, den Betriebsleiter Dr. Hermann Schmidt, ist nunmehr nach Abschluß einer langwierigen Untersuchung die Anklage wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung erhoben worden.

Vom eigenen Hund zerfleischt.

Die 25 Jahre alte Baronin von Carnap-Bornheim in der Bendlerstraße in Berlin besaß seit längerer Zeit einen dreijährigen russischen Windhund, der ihr geschnitten worden war. Das Tier war sehr bissig und hatte erst vor einiger Zeit eine Angeflechte der Baronin und außerdem auf der Straße ein Kind und einen Polizeibeamten gebissen. Am Mittwoch morgen stürzte sich das Tier plötzlich und ohne besonderen Grund auf die Baronin, die noch im Bett lag, und zerfleischte ihr Gesicht, Arme und Beine.

Auf ihre Hilferufe kam das Mädchen herbei, ohne ihr jedoch helfen zu können. Sie stürzte hilflos auf die Straße und traf einen Polizeibeamten. Als beide in das Schlafzimmer zurückkehrten, mußten sie feststellen, daß der Hund seine Angriffe wiederholte. Dem Polizeibeamten blieb nichts anderes übrig, als mit seiner Waffe den Hund niederzuschießen. Die Verletzungen der Baronin sind so schwer, daß sie in ein Krankenhaus überführt werden mußte.

Die Zahl der Typhus-Toten in Hannover hat sich auf 33 erhöht. Neu aufgenommen wurden 31 Kranke, entlassen 18.

Befängnis für verurteilte Vaterpflichten.

Das Amtsgericht Erfurt verurteilte den Kaufmann Pauli zu vier Monaten Haft ohne Strafausschub, weil er sich um seine beiden unehelichen Kinder nicht gekümmert und die Zahlung der Alimente eingestellt hatte, obwohl er die nötigen Mittel besaß. Er mußte sofort die Haft antreten.

Das wiedergefundene Kindermädchen.

Dem Rundfunk, dessen sich die Vermittlungszentrale des Berliner Polizeipräsidiums am Montag abend bediente, ist es zu verdanken, daß das mit dem 14-jährigen Töchterchen des Zahnarztes Dr. Behrendt verschwundene Kindermädchen rasch wieder aufgefunden wurde. Das Mädchen hatte sich mit dem Kinde nach Beelitz in der Mark Brandenburg begeben. Dort fiel die „Wfegerin“ in ihrer besonderen Traut und mit dem Kinde sehr rasch auf, zumal einer ihrer ersten Gänge zum Feuertor des Ortes war, um sich und dem Kinde einen Bubenkopf schneiden zu lassen. Den Reuten erzählte das Mädchen, das offenbar nicht ganz normal ist, daß es von den Eltern des Kindes zur Erziehung aufs Land geschickt worden sei. Bewohner von Beelitz erkannten sehr rasch in dem neuen Juge die durch den Rundfunk gesuchte Vermittlung. Die Berliner Polizei wurde verständigt und am Mittwoch morgen konnten die Eltern ihr Kind abholen. Das Mädchen wurde zunächst festgenommen, dann jedoch ihren Eltern zugeführt. Sie wird sich voraussichtlich wegen Entführung vor dem Gericht zu verantworten haben.

Großfeuer in Bulgarien.

Eine gewaltige Feuerbrunst zerstörte am Montag die bulgarische Ortschaft Enizka in der Donau-Ebene. Infolge

starker Winde standen die Bauern den Flammen völlig machtlos gegenüber. Innerhalb dreier Stunden wurden 60 Häuser eingeschert. 2000 Menschen sind obdachlos.

Milchbrandepidemie in Bessarabien.

Aus Bukarest wird uns berichtet: In Bessarabien ist nicht nur unter den Tieren, sondern durch den Genuß von brandigem Fleisch auch unter den Menschen eine Milchbrandepidemie ausgebrochen. Die Behörden sind der sich immer mehr ausbreitenden Krankheit gegenüber machtlos, da insbesondere Mangel an Serum herrscht.

Wirbelsturm auch in Südamerika.

Ein furchtbarer Wirbelsturm, ähnlich dem, der Florida verheerte, hat in der Nacht vom Montag zum Dienstag die Stadt Encarnacion in Paraguay an der argentinischen Grenze, heimgesucht. Neun Zehntel aller Häuser wurden zerstört, so daß die Stadt einem Trümmerhaufen gleicht. Im Zentrum der Stadt wurden 20 Häuser block, dem Erdboden gleichgemacht. Unter den eingestürzten Gebäuden befinden sich zwei Hotels, zwei Banken, das Elektrizitätswerk und das Zollamt. Die Stadt ist ohne Licht. Nach den einseitigen vorliegenden Nachrichten sollen 500 Menschen ums Leben gekommen sein; hunderte von Personen sind verletzt. In der Hauptstadt wurden vom Feind der Trauer die Bergungsgeschäfte geschlossen.

Der Orkan, der sich über die Südstaaten Nordamerikas wälzt, erreichte die Stadt Pensacola am Montag nachmittag um 2 Uhr. Die Bewohner der Stadt waren rechtzeitig gewarnt worden. Der Verlust an Menschenleben ist infolgedessen nicht so groß wie an der Ostküste von Florida. Inzwischen wurden bisher 75 Tote gezählt. Der Sachschaden ist ungeheuer groß.

Die Zahl der Toten in Miami dürfte weit über 500 betragen, da bei den Aufräumungsarbeiten immer neue Leichen gefunden werden. In dem Keller einer Villa am Strande wurden zehn Tote einer einzigen Familie gefunden, die dort Zuflucht gesucht hatten; das Haus brach zusammen und wurde überdies von der Springflut überschwemmt. Für den größten Teil der Obdachlosen konnte bereits notwendige Unterkunft geschaffen werden. Noch immer bröht die Seuchengefahr, vor allem hat bereits der Typhus unter den Ueberlebenden ausgedehnt sein. Infolgedessen wurden 20 000 Dosen Impfstoff nach Miami mit Flugzeugen befördert.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am 19. Sept. verstarb plötzlich die Frau unseres
Verbandskollegen, des Tischlers **Gustav Krohn**
Frau Margarete Krohn
geb. **Schwarzer**
im Alter von 40 Jahren
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, 23. September, nachm.
4 1/2 Uhr, von der Halle 2 des Oswitzer Friedhofs.

Statt Karten!

Für die überaus zahlreichen Beweise auf-
richtiger Teilnahme bei dem so früh erfolgten
Tode meines lieben Gatten, unseres herzen-
guten, treuorgenden Vaters, des Kaufmanns
Martin Vogel
Inhaber des Kaufhauses Adler
sag ich hiermit allen, insbesondere dem Reichs-
banner, den Mitbewohnern der Häuser Michaelis-
straße 69, Fürstenstraße 2 und Brigittenal 1,
meinen herzlichsten Dank.
Breslau, den 23. September 1926
Michaelisstraße 69
Im Namen der Hinterbliebenen
Rosa Vogel geb. Gadief.

Trauerhüte

bekannt größte Auswahl, billigste Preise!
Hulda Siedner
Schmiedebriicke 13 18, Ecke Kupferschmiedestr.
Bitte, meine Schaufenster zu besichtigen!

Stadttheater

Donnerstag 8 Uhr:
"Martha"
Freitag 8 Uhr:
"Rar und
Zimmermann"
Sonntag, 6 1/2 Uhr:
Umarmtes Oaktel
des Gaumengängers
Wilhelm Fode
"Die Meistersinger
von Nürnberg"

5 Nähmaschinen

55 u 30 Wrt, 3 J. Garantie.
Winklers, Gräbinger Str. 5
Bekleidung
f. sämtliche
Berufe.
Gediegene
Qualitäten.
Billigste Preise
Berufs-
kleider
Egon Gadief
Taubentzschstr.
Nr. 125-127
(Taubentzsch-Stragen)
Windjacks

Schauspielhaus.

Operettenbühne.
Tel. Stephan 37 450.
Donnerstag, Freitag,
abends 8 Uhr:
"Die
leichte
Fabel"
Sonabend abends 8 Uhr:
Uraufführung
"Lady
Hamilton"
Musik von Edward Künnele.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
"Die
leichte
Fabel"
Sonntag und täglich 8 Uhr:
"Lady
Hamilton"

Joppen

in großer Auswahl, sehr
preiswert. Eigene Anfertigung
Oskar Dehmel
Neumarkt 45.

Vöbe-Theater

Schillerstr. 3. Tel. Ring 6774.
Donnerstag, Freitag,
abends 8 Uhr:
"Beef-end"
(Ueber'n Sonntag)

Thalia-Theater

Schillerstr. 3. Tel. No. 6700
Donnerstag, Freitag,
abends 8 Uhr:
"Der Raub
der Sabrierinnen"

Liebig-Theater.

Telefon: Stephan 3464.
Täglich 8 Uhr:
Der Sensations-Erfolg
des
Eröffnungs-Variété-
Programms. U. a.:
Die Lipputaner-Revue:
Am Spielwärtchen
Karl Napp
der Meister des Humors
und weitere Attraktionen.
Friedenspreis!
Verkauf ununterbroch.
Theaterkasse und Barash.
Jeden Sonntag 3 1/2 Uhr:
Familien- und Kinder-
Nachmittagsvorstellung.
Das volle Programm zu
ermäßigten Preisen!

Letztes Orgelkonzert

in der 13614
/ Jahrhunderthalle /
Sonntag, 26. September, nachm. 5 Uhr
// Leitung: Organist Burkert //
Mitwirkende: Elisabeth Böhme (Gesang)
Eintritt für alle Plätze 0 50 Mk., Kinder 0 25 Mk.
nur an den Kassen der Jahrhunderthalle

20./254. Preuß.-Süddeutsche Klassen-Lotterie

Günstigste Gewinnaussichten!
Vermehrung der Mittelgewinnel
Ziehung der 1. Klasse am 15. und 16. Oktober.
Dann jeden Monat eine Ziehung,
die der 5. Klasse dauert 4 Wochen. 13615
Lospreise wie bisher:
1/5 = 3.00, 1/4 = 6.00, 1/3 = 12.00, 1/2 = 24.00 Mk.
Bequemste Ratezahlung von 1.50 Mk. an auf Gewahrsamsschein.
Solange der Vorrat reicht sind Lose zu haben bei
Lorenz, Staatl. Lotterie-Einnahme, Frankfurter Straße 21
opposite der Postkassa.

Breslauer Mieterschutzverein

(E. V.) Bischofstraße 12.
Freitag, 24. September, abends 8 Uhr
im Viasenzhaus:
Aufführung des Mieterverfilms
Das Recht muß siegen
Eintritt frei. 677

Direkt aus der Fabrik
ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für
Mk. **2.10** per Liter
den berühmten alten
Breslauer.
Unsere Firma existiert
30 Jahre.
Unsere Edelliköre

werden in ganz Deutschland von den feinsten
Geschäften geführt und sind von Meistern der
Destillierkunst gearbeitet. — Wir bieten an zu
Mk. **3.00** = 30% stark
Rose, Kümmel, Ingwer, Kirsche, Berga-
motte, Pfefferminze, Stonsdorfer
Mk. **3.60** = 35% stark
Bixt-Orange, Gold-Orange, Sherry-
Brand, Fräncile, Abtei, Noisette, Cacao,
Allsach, Stonsdorfer, Caracao
Weinbrand-Verschnitt per Ltr. **2.80**
aus französisch Wein
Weinbrand per Ltr. **4.00** u. **3.50**
zum Einleg
Jamaika-Rum-Verschnitt v Früchten
per Ltr. **3.30** u. **3.00**
Limbervaff ein Liter über 2 1/2 Pfund
per Ltr. **1.30**
96% iger Alkohol per Ltr. **4.80**
Weine vom Faß
Moselwein, Mk. 1.00 Tarragona, Mk. 1.30
Rotwein, Mk. 1.00 Malaga, Mk. 1.40
Wermutwein, Mk. 1.50 alles einschl. Stadtsteuer.
Dampfdestillierwerk
Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48. Blücherplatz 20.
Michaelisstraße 3. Klosterstraße 64.

Die Volksschule als Einheitschule
Von Dr. Max Apel.
Schriften werden von der Expedition dieses Blattes
auf Verlangen kostenlos abgegeben.

Deutsches Kaufhaus, Ohlauer Str. 75

G. m. b. H.
Wir bringen überraschende Angebote!
Wir legen Wert auf gute Waren!
Wir bringen erste deutsche Fabrikate!
Unsere Preise sind fabelhaft billig!
Wir haben allergrößte Auswahl!
Wir führen nur das Neueste!

Strengste Reallität garantiert jedem Kunden billigsten Einkauf!
Große Lager in
Leinen * Baumwollwaren * Tischzeuge * Handtücher
Bettwäsche * Herren-, Damen- u. Kinderwäsche
Trikotagen * Knaben-Anzüge * Berufskleidung
Gardinen * Tischdecken * Vorhänge * Möbelstoffe etc.

Deutsches Kaufhaus, Ohlauer Str. 75

G. m. b. H.
Eröffnung: Freitag, den 1. Oktober, vorm. 10 Uhr.

Henko
Bleich-Soda
gibt
weiches Wasser!
Weiches Wasser sicher
billiges Waschen

Wurst-Schneider
Sie kaufen bei mir nicht nur preiswerte, sondern auch
täglich frische, beste Wurstwaren. 4658
**Landleber-, Preß-, Knoblauch-,
Jagd- und Berliner Mettwurst**
sind besonders vorteilhaft im Preise und sehr zu empfehlen.
Frischer, dicker Speck u. Lungensciß 1 Pfd. 1.10
Bester Rauchspeck 1 Pfd. 1.40
Kalbfleisch (ohne Knochen) 1 Pfd. 1.40
Landleberwurst 1 Pfd. 1.00
Preßwurst 1 Pfd. 1.00
Knoblauchwurst 1 Pfd. 1.00
Jagdwurst 1 Pfd. 1.40
Speckpreßwurst 1 Pfd. 1.40
Berliner Mettwurst 1 Pfd. 1.40
Reachten Sie meine Verkaufsstellen!
August Schneider
Wurst- und Fleischwarenfabrik.

Bis 3. Oktober! Benutze die Buchkarte!
Echte Platte **25** Mk.
eleg. verarbeit.
Neueste Bezugsstelle
von 1.50 Mk.
Preis-Niederlage
Buchhandlung, Neue Grampenstraße 5.
Für 50 Pl. wöchentlich
kannst Du Dir geistige Schätze von
unermesslichem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. September

Zur Klärung der Schuldfrage für die Zusammenstöße am Ring

Unsere verschiedene Darstellungen zugegangen, die wir nicht vollständig wiedergeben können, da sie sich in einzelnen Punkten je nach dem Standort des Zuschauers — stark widersprechen.

Von den Vorwürfen gegen die Polizei haben wir diejenigen einer besonders genauen Nachprüfung zu unterziehen gesucht. Die von Zuschauern erhoben wurden welche nicht in der Menge standen, sondern aus nahegelegenen Wohn- oder Büroräumen einen Teil der Unfälle besser übersehen konnten.

Die Vorwürfe wurden schließlich gegen die Polizei erhoben, weil angeblich ein unerfahrener jüngerer Offizier das Kommando am Unfallsplatze hatte und voreilig zu fahrenden Befehl.

Dieses zweite Vorwürfen der Menge nach den ersten Schüssen hat dann den größeren Teil der Opfer gefordert. Auch diesmal wurde aber zunächst in die Luft geschossen.

Wenn eine falsche kommunistische Darstellung auch auf eine ganz anderen Zweck zusammengetretene und wegen der Vorgänge am Nachmittag unvollständig behütete Sitzung zur Gründung eines Arbeiterkulturartells Eindruck gemacht hat, so ist das an sich nicht. Das kommunistische Blatt gibt eine Entschließung dieser Sitzung unrichtig wieder, wenn es von einstimmiger Annahme spricht und so tut, als ob ein Arbeiterkulturartell — das sich mit solchen Fragen gar nicht zu befassen hätte, — bereits gebildet wäre.

Die tiefere Schuldfrage aber darf über diesen einmaligen Ausbruch der Bergwerksgewerkschaft keinesfalls wieder vergessen werden: die Frage nach der Schuld an der Not der Erwerbslosen. Die heutige Stadtverordnetenversammlung wird das Ihrige dazu tun müssen, um örtlich weitere Mittel zu schaffen; ohne Aenderung der ganzen Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Mehrheit im Reich wird aber die Arbeitslosigkeit nicht zu heuern sein!

Gestern vormittag kam es in der Sternstraße noch einmal zu kleinen Ansammlungen von Erwerbslosen, die von der Polizei zerstreut werden mußten. Uebertriebene Gerüchte über neue Unruhen, die in handlicher Aufmachung das gestrige „A Uhr-Blatt“ kolportierte, bewahrheiten sich aber nicht.

Auch eine Ansicht. Handelslehrer Dr. Schmidt äußerte sich in der Fortbildungsschule über die Vorfälle am Dienstag wie folgt: „Nicht zu laun ist die Polizei gegenüber dem Böbel. Das sind keine Arbeitslosen, sondern Verbrecher. Jeden Tag mit dem Gummitümpel hinter dem Kopf, da werden sie schon anders werden.“

Die Namen der Verletzten.

Die Tote des Unfalls-Dienstags ist die Promnitzstraße 33 wohnende Frau Elisabeth Vastl. Sie wurde durch einen Schuß in die Halsschlagader schwer verletzt, und lag eine Viertelstunde nach Entlieferung ins Allerheiligen-Hospital. Zwei Verwundete wurden nach Anlegung von Verbänden sofort wieder entlassen.

Die Todesstrafe eine Kulturschande der Nation

über dieses Thema spricht Frau Dr. Berla Epstein-München

in einer öffentlichen Versammlung am Montag, den 27. September 8 Uhr abends

im Gewerkschaftshause

36 Verhaftungen

sind bei den Vorgängen am Dienstag erfolgt. Die Verhafteten wurden nach dem Abend verhöört, und einige wurden nach der Vernehmung entlassen. Die Schredensurteile, die seinerzeit aus Anlaß des Schwarzen Freitags ergingen, lassen befürchten, daß auch diesmal wieder manche in der Aufrichtung des Augenblicks vollführte Handlung weit über Gebühr geahndet werden wird.

Herr Werner Brodke.

einer der Sprecher der Erwerbslosen vor dem Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung, schreibt uns, er sei noch niemals Mitglied des Stahlhelms gewesen. Wir wissen aus eigener Kenntnis nicht, ob Herr Brodke wirklich Mitglied des Stahlhelms war. Gezeigt hat es im Ausschuß der kommunistische Stadtverordnete Klumpp, dem Herr Brodke politisch nahesteht und wir haben diese Angabe als richtig angenommen.

Heute Filmvorführungen im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Breslau läßt für die Kassenmitglieder und deren Angehörigen Donnerstag, den 23. September, nachmittags 4 Uhr und abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses den wissenschaftlichen Film: „Die Ernährung des Menschen“ laufen. Der Eintritt ist frei. Der Besuch ist sehr zu empfehlen. Sonnabend, abends 7 Uhr, läuft der Film nochmals im Binzenhause, Seminargasse.

Konservation.

Aus einer südlichen Vorortgemeinde, geht uns folgende Zuschrift zu, die wir dem Magistrat zur Beachtung empfehlen: Es hat den Anschein, als wenn die Verwaltung der Stadt Breslau besonderen Wert darauf legt, in den Augen der Bürger als konservativ zu erscheinen. Denn anders kann man sich ihr Verhalten in der Frage des Vorortverkehrs nicht erklären.

Vor längerer Zeit wandten sich die Gemeinden Krietern, Hartlieb und Altsiedlerdorf mit dem Ersuchen an den Magistrat, eine Autobusverbindung zwischen Breslau und ihnen herzustellen. Bis jetzt haben schon drei Verhandlungen stattgefunden, ohne daß vom Magistrat auch nur ein Finger gerührt worden wäre. Bei der letzten Verhandlung zeigte sich ganz deutlich, daß wir uns erst einigenseitigen lassen sollen, ehe an eine Verkehrsverbindung zu denken ist. Hieraus erseht man, daß die städtische Verwaltung in den ganzen Nachkriegsjahren nichts gelernt hat. Die großen Widerstände, die sich bei den Eingemeindungsverhandlungen mit den verschiedensten Gemeinden gezeigt haben, hätten allmählich zu der Erkenntnis führen müssen, daß nunmehr mit den alten Methoden gebrochen werden muß. Man kann es keiner Gemeinde verargen, wenn sie nicht mit liegenden Fahnen in die Arme der Stadt Breslau eilt, umkronen nach den gemachten Erfahrungen in Gräbchen, Köpelsitz, Dürzgen und Morgenau. Die Stadt würde, wenn sie in der Verkehrsfrage nachgäbe, die Eingemeindung vorbereiten. Aber es kommt ihr ja gar nicht darauf an, Siedlungsgebiete zu erschließen, sondern schmeißt nur auf die Fahrten, die man als neue Steuerquellen braucht. Denn darüber ist sich doch jeder im Klaren, daß nach Jahrzehnten die Innenstadt genau so dicht bevölkert sein wird als heute, weil es den Massen einfach unmöglich ist, die hohe Miete für neue Wohnungen von monatlich 100 Mark und darüber zu zahlen.

Jetzt hat sich eine Privatgesellschaft, die Kraftverehr-Schlesien, A. S. Breslau, angemeldet. Diese Gesellschaft will die Anwesenheit einrichten. Das geplante Unternehmen ist bereits öffentlich bekannt gemacht und es hat den Anschein, als wenn der Verkehr auch von dieser Gesellschaft eingerichtet wird, denn die städtische Verwaltung hält getreu an alten konservativen Ueberlieferungen fest. Hoffentlich erleben wir noch einmal die Zeit wo man in Breslau über solche Dinge anders denkt und in Gemeinschaft mit den beteiligten Gemeinden Einrichtungen zum Wohle der Bevölkerung schafft.

Tag für Denkmalspflege und Heimatschutz.

Professor Dr. Kloeppel und Stadtbauinspektor Behrendt über „Siedlung und Stadtplanung im deutschen Osten“.

Seit Montag, den 20. September, ist in Breslau eine Tagung für Denkmalspflege und Heimatschutz zusammengetreten, deren Dauer bis zum Sonnabend bemessen ist. Der Montag brachte die Begrüßung der Teilnehmer durch den Magistrat der Stadt Breslau. In der ersten Sitzung am Dienstag sprach nach der Erledigung des Geschäftlichen und allgemeinen Teiles Herr Dr. Demmler, Direktor des Berliner Kaiser-Friedrich-Museums, über das Thema „Denkmalspflege und Erhaltung der Holzskulptur“.

In der Aula Leopoldina der Universität wurde am Mittwoch vormittag 9 Uhr die dritte Sitzung der Tagung eröffnet. Professor Dr. Kloeppel sprach als Berichterstatter über das Thema „Siedlung und Stadtplanung im deutschen Osten“.

Wie unheilvoll sich dieses System in der Anlage der Stadt Breslau ausgewirkt hat, konnte man dem Vortrag des Stadtbauinspektors Behrendt-Breslau entnehmen, der als Mitberichterstatter über das gleiche Thema sprach. Als die Breslauer Festungsanlagen beseitigt wurden, bot sich die Gelegenheit, die neuen Stadtteile harmonisch und zweckmäßig auf dem ehemaligen Befestigungsgebiete zu entwickeln und durch entsprechende Einbeziehung der alten Wälle einen Gürtel von Parksanlagen in der Stadt zu schaffen.

Der neue Großsiedlungsplan umfaßt ein Gelände, das fünfmal so groß ist, wie das jetzige Weichbild der Stadt. Er verfolgt den Zweck, die einzelnen bebauten Komplexe bei aller notwendigen Geschlossenheit aufzulockern, d. h. jedes Wohnhaus von einer kleinen Grünanlage umgeben ist und daß auf einem Hektar nicht über 100 Einwohner leben müssen.

Nochmals Führung in der Ausstellung Stadtplanung und Siedlung.

Der Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltet Sonntag, den 26. September, eine Führung durch Wärschleien Genossen Klemann. Eintrittspreis 20 Pfennige. Die Genossen und Gewerkschafter, die daran teilnehmen wollen, werden gebeten, sich um 10 Uhr am Messegang-Eingang zu sammeln. Diese Ausstellung ist außerordentlich interessant.

Eine Partei der Mitwirkenden in Wahlbüros.

Das städtische Wahlamt geht mit dem Gedanken um, eine Partei von Personen zu schaffen, die bereit sind, zu Zeiten von Wahlen oder Abstimmungen Aemter als Wahlvorsteher, Schriftführer oder Beisitzer zu übernehmen. Das Wahlamt hat die Erfahrung machen müssen, daß sich die Schwierigkeiten für die Gewinnung solcher Persönlichkeiten von Wahl zu Wahl steigern und daß der Bedarf von insgesamt rund 3500 Personen sich im letzten Augenblick vor einer Wahl kaum decken läßt.

Megen Verhöhnung der Republik mit 150 Mark Geldbuße bestraft.

Wir hatten seinerzeit darüber berichtet, daß der 25jährige „Schriftsteller“ Ernst Große vom Großen erweiterten Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt worden war. Das Gericht hatte bei der Schwere der Beschimpfung ausdrücklich eine Bewährungsfrist abgelehnt. Der Staatsanwalt hatte damals sogar 9 Monate Gefängnis beantragt, indem er ausführte, daß es sich hier um einen besonders groben Verstoß gegen das Republiksschutzgesetz handele. Ein politisch unreifer Mensch beschimpfte die Republik und ihre Staatsämter auf das gemeinste. Gegen derartige Angriffe müsse die Republik durch strenge Strafen geschützt werden. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Am Abend des 24. Oktober v. J. zwischen 9 und 10 Uhr, hatte Große auf der Neudorfstraße, in der Nähe des Benzol-Handel-Krankenhauses, eine Rede gehalten. Er hatte sich offenbar diesen Platz ausgesucht, weil er anderswo keine Gelegenheit fand. Um ihn zu unterbrechen, trat ein Mann aus der Menge heran, der sich als Herrmann bezeichnete. Er sprach von der Republik als einem auf Erbarmlichkeit und Feigheit aufgerichteten Staatsgebilde; bezeichnete die Regierung als eine Juden- und Sektierregierung, und noch mehr derartige Beschimpfungen. Herrmann hatte er geglaubt, daß er mit solchen Ausführungen den Beifall des Publikums ernten würde; doch da hatte er sich sehr geirrt. Man war über die Auslassungen dieses unreifen Menschen empört und holte deshalb die Polizei herbei, die seine Person feststellte. Die Strafe von 6 Monaten für diese groben Beschimpfungen war ihm zu hoch, deshalb legte er Berufung ein. Am Dienstag vor der Großen Strafkammer hatte er dann auch einen erheblichen Erfolg zu verzeichnen. Es wurde nicht nur die Strafe herabgesetzt auf 3 Monate, sondern er erhielt auch noch eine Bewährungsfrist, wenn er eine Geldbuße von 150 Mark bezahlt.

Zur Ernennung der Ueberwachungskommission beim Breslauer Rundfunk

Schreibt die „Schlesische Provinz-Korrespondenz“: Man wird es nur in der Ordnung finden können, daß die beiden größten politischen Parteien Schlesiens in dieser ausgesprochen politischen Instanz vertreten sind, zumal die beiden aus ihren Reihen berufenen Herren sachlich Urtheilen auch außerhalb des Kreises ihrer engeren politischen Freunde heißen. Daß die dritte in Schlesiens stark vertretene große politische Partei, die Deutschnationale, nicht berücksichtigt wurde, ist angesichts ihrer feindlichen Stellung zur republikanischen und zur Reichsverfassung kaum zu beanstanden. War es doch gerade ein schlesischer deutschnationaler Abgeordneter und ein führendes schlesisches Blatt dieser Partei, die sich noch kürzlich schäufelnd selbst vor die rechtsradikalen Feme-Organisationen stellen. Solche politischen Auffassungen dürfen selbstverständlich keinen Einfluß auf staatlich kontrollierte Organe wie die Rundfunkstelle geminnen. Die Ueberparteilichkeit auch der politischen Kontrolle der Sendegesellschaft erscheint durch die jetzt gemachte Zusammenziehung, soweit derartige Urtheile im voraus überhaupt möglich sind gewährleistet.

Schickliches.

Jubiläum der Werkzeuge in Düsseldorf.

Das weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus bekannte Düsseldorf-Industriewerkzeug-Gesellschaft in diesen Tagen die Feier seines 50-jährigen Bestehens. Am 28. September 1876 legte der Kaufmann Fritz Dentele in Laden den Grundstein des Unternehmens, das sich in wenigen Jahrzehnten zu einer der größten Firmen der deutschen chemischen Industrie und zu einem Haupte von Weltgeltung entwickelt hat.

Wasser- und Reinigungsmittel sind die Haupterzeugnisse der Firma, jene kleinen Wäcker im farbigen Kleid, die in Haus, Küche und Werkstatt täglich unentbehrliche Verwendung finden und die vor allem der Hausfrau gute Bekannte sind. Die Zeit liegt noch nicht fern, wo diese Gebrauchsmittel, ohne tiefere wissenschaftliche Grundlage, rein handwerksmäßig hergestellt wurden. Die eigentliche Bedeutung des Dentele'schen Wertes liegt darin, daß es hier erstmalig unternommen wurde, mit dem Aufzuge eines hochentwickelten chemischen Apparates in das Wesen des Wassers einzudringen und jene für die Hauswirtschaft so wichtigen Erzeugnisse auf sorgsam erforschter Basis nach rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten aufzubauen.

Besonders ist es sein Haupterzeugnis, das bekannte selbsttätige Waschlauge „Fritze“, das den Ruhm der Firma begründet hat; kein Erfinden leitete eine vollkommen neue Epoche der Waschlaugebehandlung ein. Heute ist Fritze in jedem Kulturland ein wohlbekannter Begriff.

Seit dem Jahre 1878 befindet sich die Firma in Düsseldorf, wo auch der gesamte Verwaltungsapparat seinen Sitz hat. Tochterfabriken bestehen in Genthin (bei Magdeburg) und Bratteln (Schweiz).

Größtartig und durchdachte Zweckmäßigkeit in der Einrichtung sind die Grundzüge des Wertes, und in allem tritt dem Benutzer der Geist höchster technischer und organisatorischer Entschlossenheit entgegen. Vor allem aber erweist die muttergütige Ausstattung der sozialen und humanen Einrichtungen Anerkennung und Bewunderung. Sie sind so recht im eigentlichen die Schöpfung des Begründers der Firma, der den Wäcker nahe, heute noch in voller Tätigkeit an der Spitze seiner Unternehmung steht. Das Aufblühen des Hauses ist Kommerzianten Fritze's persönliches Verdienst. Jahrzehntelang lag die Gesamtleitung allein in seinen Händen; heute leitet er das Unternehmen unterstützt von seinen beiden Söhnen, zusammen mit einem größeren Direktorium.

1876 und 1926 — zwischen diesen Jahreszahlen liegt eine Entwicklung, die bedeutsam nicht nur für das Werk Dentele, sondern auch für die gesamte deutsche Wirtschaft ist. Das Werk darf mit Recht von sich sagen, daß kaufmännischer Regemut, gepaart mit ernstem, wissenschaftlichem Streben, das Grundgerüst des stolzen Unternehmens ist, das nunmehr Ruchman heißen kann auf ein halbes Jahrhundert industriellen Wirkens, und daß es zu seinem Teil erfolgreich mitgewirkt hat an der Erfüllung einer großen allgemeinen und nationalen Aufgabe.

Sicht und Farbe, zweckmäßig vereint, können ungemein anziehend wirken. Davon kann man sich überzeugen, wenn man heute zufällig der Königsplatz passiert. Von weitem wird der Fußgänger angelockt durch das vor kurzem entstandene Wäcker-Werkzeugmaschinenfabrik G. M. Fritze, Kaiserstr. 10 (Wäckerfabrik). Schon die äußere Erscheinung der einzelnen Maschine, besonders der riesigen, heißt: die innere Verarbeitung und das Material sind ein Denkmal deutscher Arbeit und Ehrlichkeit. Der Ruf der Wäcker-Maschine ist im In- und Ausland wohl begründet und jede Hausfrau, die sich zum Kauf einer solchen Bezugnehmungen hat, hat ihr Geld wahrlich nutzbringend angelegt.

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 22. September.

1 Pfund Sterling	20,84	100 Franc	11,50
1 Dollar	4,13	100 Schilling	12,42
100 holl. Gulden	187,94	100 Schweizer Franc	51,01
100 belg. Franc	10,32	100 Kronen	62,74
100 norw. Kronen	21,84	100 Dänisch Kronen	112,04
100 russ. Rubel	51,25	100 öst. Schilling	8,87
100 Lit	15,23	100 Kronen	60,12
100 span. Peseten	111,55	100 Mark	48,53

Neben den politischen Ueberwachungskommissionen werden die Kulturbeiräte der Sendegesellschaft noch sogenannte „Kulturbeiräte“ erhalten. Während die Ueberwachungskommissionen die eigentlichen Gesichtspunkte der Ueberparteilichkeit und der Achtung vor der Berufung wahren sollen, die mehr negative Bedeutung für den Inhalt der Darbietungen haben, indem sie Ungehöriges ausschließen, werden die Kulturbeiräte auch positiv an der Gestaltung des Inhalts der Programme mitzuwirken haben. Es steht zu erwarten, daß auch die Ernennung eines solchen Kulturbeirats für Breslau schon in nächster Zeit erfolgt, Vorschläge dafür haben gleichfalls die zuständigen Landesregierungen zu machen, während die Entscheidung auch hier bei den zentralen Reichsinstanzen liegt. Für die Kulturbeiräte werden die Mitglieder weniger nach ihrer politischen Stellung als nach ihrer Erfahrung und Leistung im öffentlichen Volkswirtschaftswesen auszuwählen sein. Selbstverständlich aber gleichfalls unter paritätischer Berücksichtigung der großen weltanschaulichen Strömungen, von denen ja auch das moderne Volkswirtschaftswesen aufs tiefste berührt ist. Neben Wissenschaftlern und Pädagogen werden hier Theater- und Musikleute nicht fehlen dürfen. Eine gewisse Vertiefung und Systematisierung des Gehalts der Rundfunkdarbietungen wird die Hauptaufgabe dieser Kommission sein.

Gerade am Breslauer Sender, dessen literarisch-musikalische Leistung sich bereits einen gewissen Ruf unter den deutschen Sendegesellschaften verschafft hat, wird die Erfüllung dieser Aufgabe nicht allzu schwierig sein. Wir glauben, daß die Hauptaufgabe der hiesigen Sendegesellschaft noch auf dem Gebiet der volkstümlich vermittelten Wissenschaft liegen wird. Der wachsenden Zahl der Rundfunkteilnehmer wachsen auch die hier vorliegenden kulturellen Verpflichtungen. Werden sie einigermaßen erfüllt, so dürfte der Rundfunk allen übrigen Bildungsmitteln bald eine recht bemerkenswerte Konkurrenz machen, der sie nur durch planmäßige Arbeitsteilung gemessen sein werden.

- * Die Rettungsmedaille am Bande ist dem aus der Reichsbannerbewegung besonders bekannten Breslauer demokratischen Landtagsabgeordneten Erich Herrmann verliehen worden.
- * Der Breslauer Mieterverein führt Freitag, den 24. September, abends 8 Uhr, im Winaehaus einen Mieterwerkfilm vor. Der Film ist anfänglich des 25jährigen Bestehens des Bundes Deutscher Mietervereine hergestellt worden und hat bisher überall, wo er gezeigt wurde, großes Interesse erregt.
- * Freie Lichtfreunde, Breslau. Sonntag, den 26. September: Fahrt nach Bleischwitz. Treffpunkt früh 6 Uhr, Endstation der Linie 5, Klein-Tichanitz.
- * Motorradunfall. Am 21. September, früh 2 Uhr, stürzte auf der Oswiger Chaussee, Ecke Polintweg, ein Kraftfahrer mit seiner Begleiterin. Ersterer wurde leicht, letztere schwer verletzt und mußte in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert werden.
- * Die Feuerwehre wurde gestern abend kurz nach 9 Uhr nach Hirschstraße 51 gerufen. Durch Hineinwehen einer Gardine in eine Petroleumlampe war die Gardine in Brand geraten. Das Feuer konnte gelöscht werden, ehe weiterer Schaden entstanden war.

Ämtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 22. September.
Der Markt betrug 997 Rinder, 1245 Kälber, 637 Schafe, 2821 Schweine, überhand vom vorigen Markte waren 18 Rinder, — Kälber, 40 Schafe — Schweine.

I. Rinder.		Es wurde geschätzt für 50 Kilogramm wabengemäht Wert	
A. Ochsen:			
1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts	157 Stück	1. längere	53-59
		2. ältere	53-59
2. nicht vollfleischige	1. jüngere		45-50
	2. ältere		45-50
3. fleischige			38-41
4. gering genährte			25-30
B. Bullen:			
1. jüngere vollfleischige, höchsten Schlachtwerts	278 Stück		54-60
2. längere vollfleischige oder ausgemästete			48-52
3. fleischige			42-47
4. gering genährte			—
C. Kälber:			
1. jüngere vollfleischige, höchsten Schlachtwerts	443 Stück		52-58
2. längere vollfleischige oder ausgemästete			48-48
3. fleischige			26-34
4. gering genährte			20-24
D. Färsen (Kalbinnen):			
1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts	133 Stück		55-60
2. vollfleischige			48-52
3. fleischige			40-45
E. Ferkel.			
Wahlg genährtes Jungvieh	28 Stück		40-48
II. Kälber.		1245 Stück	
1. Doppelter beßer Mast			—
2. Beße Mast- und Saugfärsen			72-80
3. Mittlere Mast- und Saugfärsen			62-70
4. Geringe Kälber			52-60
III. Schafe.		637 Stück	
1. Kopfhammer und jüngere Kopfhammer	1. Redemast		—
	2. Einlampe		55-61
2. Mittlere Kopfhammer, ältere Kopfhammer und gut genährte			—
3. fleischige Schafvieh			48-53
4. Geringgenährtes Schafvieh			38-44
IV. Schweine.		2821 Stück	
1. Fleischwerte über 150 kg (3 Jentner) Lebensgewicht			82-84
2. vollfleischige Schweine von ca. 240-250 Pfd. Lebensgewicht			82-84
3. fleischige			78-83
4. fleischige			78-81
5. fleischige			78-81
6. fleischige			78-81
7. fleischige			78-81
8. fleischige			78-81
9. fleischige			78-81
10. fleischige			78-81
11. fleischige			78-81
12. fleischige			78-81
13. fleischige			78-81
14. fleischige			78-81
15. fleischige			78-81
16. fleischige			78-81
17. fleischige			78-81
18. fleischige			78-81
19. fleischige			78-81
20. fleischige			78-81
21. fleischige			78-81
22. fleischige			78-81
23. fleischige			78-81
24. fleischige			78-81
25. fleischige			78-81
26. fleischige			78-81
27. fleischige			78-81
28. fleischige			78-81
29. fleischige			78-81
30. fleischige			78-81
31. fleischige			78-81
32. fleischige			78-81
33. fleischige			78-81
34. fleischige			78-81
35. fleischige			78-81
36. fleischige			78-81
37. fleischige			78-81
38. fleischige			78-81
39. fleischige			78-81
40. fleischige			78-81
41. fleischige			78-81
42. fleischige			78-81
43. fleischige			78-81
44. fleischige			78-81
45. fleischige			78-81
46. fleischige			78-81
47. fleischige			78-81
48. fleischige			78-81
49. fleischige			78-81
50. fleischige			78-81
51. fleischige			78-81
52. fleischige			78-81
53. fleischige			78-81
54. fleischige			78-81
55. fleischige			78-81
56. fleischige			78-81
57. fleischige			78-81
58. fleischige			78-81
59. fleischige			78-81
60. fleischige			78-81
61. fleischige			78-81
62. fleischige			78-81
63. fleischige			78-81
64. fleischige			78-81
65. fleischige			78-81
66. fleischige			78-81
67. fleischige			78-81
68. fleischige			78-81
69. fleischige			78-81
70. fleischige			78-81
71. fleischige			78-81
72. fleischige			78-81
73. fleischige			78-81
74. fleischige			78-81
75. fleischige			78-81
76. fleischige			78-81
77. fleischige			78-81
78. fleischige			78-81
79. fleischige			78-81
80. fleischige			78-81
81. fleischige			78-81
82. fleischige			78-81
83. fleischige			78-81
84. fleischige			78-81
85. fleischige			78-81
86. fleischige			78-81
87. fleischige			78-81
88. fleischige			78-81
89. fleischige			78-81
90. fleischige			78-81
91. fleischige			78-81
92. fleischige			78-81
93. fleischige			78-81
94. fleischige			78-81
95. fleischige			78-81
96. fleischige			78-81
97. fleischige			78-81
98. fleischige			78-81
99. fleischige			78-81
100. fleischige			78-81

Breslauer Produktenbörse.

Ämtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 22. September geschlossenen Preise in Reichsmark bei wichtiger Begründung (aus für Kartelle gilt der Gegenpreis) ab 10 Uhr Verabreichung in vollen Waggons (ausgenommen von Fremdwährungen, die sich nach dem Wechselkurs des Tages bestimmen). Tendenz: Getreide ruhig. — Delleanten: Dufflos. Wehl ruhig.

Zählige ämtliche Notierungen (100 kg) letzter Ort und Güte der letzten Ernte bei wichtiger Begründung.

Getreide:	22.	21.	Delleanten:	22.	21.
Wegen 75 kg	27,30	27,30	2. Winterweizen	30, —	—
Wegen 71	25,30	25,30	1. Winterweizen	34, —	—
Wegen 71	22,20	22,20	1. Sommerweizen	40, —	—
Wegen 68	21,90	21,90	2. Sommerweizen	34, —	—
Wegen 68	18,00	15,00	1. Winterroggen	—	—
Wegen 68	15,00	15,00	2. Winterroggen	—	—
Wegen 68	12,00	12,00	1. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterhafer	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Winterklein	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	1. Wintergerste	—	—
Wegen 68	17,00	17,00	2. Wintergerste	—	—

Gewerkschaftsbewegung.

Der englische Bergbauonflikt.

Noch kein Ende der Besprechungen.

London, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Lösung des Kohlenkonfliktes hat in den letzten 24 Stunden zu einer heftigen Verhandlungstätigkeit zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und der Regierung sowie im Schoß der Bergarbeiter-Exekutive selbst geführt. Die Besprechungen vom Dienstag zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und dem Ministerpräsidenten Baldwin dauerten bis in die frühen Morgenstunden.

Am Mittwoch vormittag trat die Exekutive abermals zu einer Vollversammlung zusammen und nahm den Bericht über die Besprechung mit der Regierung entgegen. Am Nachmittag hatten die Vertreter der Bergarbeiter zunächst eine Besprechung mit dem Arbeitsminister, worauf sie sich wiederum zum Ministerpräsidenten begaben, wo eine mehrstündige Besprechung mit dem Kohlenkomitee stattfand, dessen Vorsitz Baldwin selbst führt. Anschließend an die Besprechung mit den Vertretern der Bergarbeiter hatte Baldwin eine Unterredung mit den Unternehmern. Ueber den Inhalt der Besprechungen, die am Donnerstag fortgesetzt werden, wird auf beiden Seiten Stillschweigen bewahrt. Bürgerliche Blätter wollen jedoch wissen, daß die Bergarbeiter dem Ministerpräsidenten neue Vorschläge für eine Beilegung des Konfliktes unterbreitet und insbesondere auf die Einberufung einer Konferenz zwischen Unternehmern, Bergarbeitern und Regierung gedrängt haben.

Auch Cool ein „Verräter!“

Die „rote Fahne“ bringt in großer Aufmachung ein im „Daily Herald“ veröffentlichtes Interview mit Cool über die Lage im englischen Bergarbeiterstreik. Die „rote Fahne“ knüpft an diese Ausführungen, die ziemlich pessimistisch gehalten sind, folgenden Kommentar:

Diese Ausführungen Cools klingen in keiner Weise kämpferisch. Sie sind sicherlich nicht geeignet, die durch die furchtbaren Entbehrungen gebrüchelten kämpfenden Bergarbeiter aufzumuntern. Cool scheint nach diesen Ausführungen die vollkommene Kapitulation der Bergarbeiter vor den Unternehmern im Auge zu haben.

Armer Cool. Nun ist er also auch ein Verräter. Und er hat sich doch reichlich Mühe gegeben, zu beweisen, daß nur die anderen seiner Kollegen jene üble Eigenschaft an sich haben, weil sie vor ihm manches erkannten, was ihm erst jetzt zuämmern beginnt. Es mag der „Rote Fahne“ ganz gewiß besonders schwer fallen, dem von Moskau inspirierten Propheten in dieser Weise Bescheid zu sagen und ihn — etwas anderes bejagen ihre kritischen Zeilen nicht — zu einem Agenten der Bourgeoisie zu stempeln. Denn Cool war für die deutschen Kommunisten immerhin jener Mann, der die deutschen Gewerkschaften tot reden sollte, was ihm zu 100 Prozent nicht gelang. Nun sind ihm die starken Worte anscheinend ausgegangen. Schon wird er in die Erde gestellt.

George Hids Präsident der britischen Gewerkschaften.

London, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Der neu gewählte Generalrat der britischen Gewerkschaften wählte am Mittwoch George Hids zu seinem Vorsitzenden und damit für ein Jahr zum Präsidenten der britischen Gewerkschaften. Hids ist seit 1921 Generalsekretär des damals aus der Zusammenlegung einer Reihe von Verbänden neugebildeten „Vereinigten britischen Bauarbeiterverbandes“. Dessen Zustandekommen ist hauptsächlich das Verdienst von Hids. Innerhalb der englischen Gewerkschaften ist Hids ein führendes Mitglied des linken Flügels und einer der Vorkämpfer der englisch-russischen Gewerkschafts-Vereinigung.

Belgische Solidarität.

Brüssel, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand des belgischen Bergarbeiterverbandes nahm am Mittwoch in Brüssel Stellung zu der Entschiedenheit des internationalen Bergarbeiterkomitees, in der zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter eine internationale Aktion empfohlen wurde. Nach ausgiebiger Aussprache fand eine Entschiedenheit Annahme, in der sich der belgische Vorstand zu einer Unterstützungsaktion für die englischen Kameraden bereit erklärt. Als Bedingung wurde in der Entschiedenheit festgelegt, daß auch die Kohlenausfuhrländer, wie Amerika, Deutschland und Polen, eine ähnliche Aktion unternehmen. Die Entschiedenheit wird zunächst den belgischen Bezirksverbänden zur Genehmigung unterbreitet. — Der Vorstand beschloß ferner, den englischen Bergarbeitern weitere 100 000 Francs zu überweisen. Der belgische Beitrag an die englischen Bergarbeiter erhöht sich damit auf eine halbe Million.

Der Internationale Postkongress.

Paris, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Mittwochssitzung des Internationalen Postkongresses begrüßte der Vorsitzende die Delegierten Irlands, Dänemarks und Kanadas deren Organisationen bisher keiner internationale angehört, die aber Wert darauf gelegt hatten, dem Kongress beizuwohnen. Dann nahm der Kongress die Berichte des belgischen Delegierten Fraiture, des Berichterstatters der belgischen Kommission, an. Es handelt sich um Berichte über den Faschismus und über die Lage der Post- und Telegraphenbeamten an der Saar. Endlich stimmte der Kongress einer Resolution der polnischen Kommission zu, in der er den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als den Beginn einer Friedens-Ära zwischen den Völkern Europas begrüßt. Die Entschcheidung wird dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeitsamt zugehen.

Paris, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Postkongress ist am Mittwoch mit einer großen Rede des Generalsekretärs des französischen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, zu Ende geführt worden. Er führte unter anderem aus, daß die Arbeiterbewegung eine moralische Aktion unternehmen müsse, die die Zulassung der Arbeiterklasse zur Kontrolle und Führung der öffentlichen Geschäfte ermöglichen solle. In diesem Sinne müßten die Organisationen der Arbeiterbewegung ihre Tätigkeit entfalten. Die deutsche Delegierte Kohlschütter erstattete einen Bericht über die Einführung des automatischen Fernsprechbetriebes. Schließlich wurde noch die Frage der Zulassung der russischen Postgewerkschaften aufgeworfen. Nach einer längeren Aussprache machte der Vorsitzende den Vorschlag, die Entschcheidung über diese Frage zu verschieben, bis die Beziehungen zwischen den russischen Gewerkschaften und der Amerikaner Internationalen Arbeitsamt geregelt seien. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Als Ort des nächsten Kongresses im Jahre 1928 wurde London bestimmt.

Ablehnung des Schiedspruches im niederschlesischen Steinkohlenbergbau.

Am 17. September wurde nach zweitägiger Verhandlung für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau ein Schiedspruch gefällt, der in keiner Weise den von den Arbeitnehmer-Organisationen gestellten Forderungen entsprach. Bekanntlich sind im niederschlesischen Steinkohlenbergbau die tatsächlichen Lohnverhältnisse

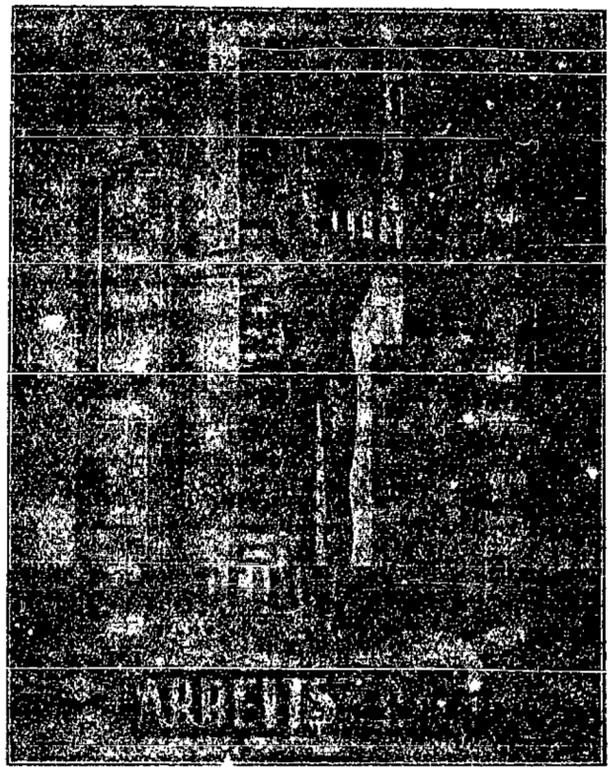
den tarifvertraglichen weit vorausgeleitet, das heißt, die Lohnordnung entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Trotzdem ist auch diesmal eine Angleichung nicht in dem Maße erfolgt, wie es tarifvertraglich wünschenswert gewesen wäre.

In einer am Montag, den 21. September, stattgefundenen Reviertagung des Bergarbeiterverbandes in Waldenburg lehnten die Vertrauensleute und Betriebsräte den Schiedspruch nach vorangegangener stürmischer Debatte ab.

Soziales.

Die Krankenversicherung auf der Gelei.

In den berufensten Mitarbeitern an der Gesundheitspflege des deutschen Volkes zählen zweifellos die Krankenversicherungs-träger. Unter ihnen ist die Krankenversicherung eine der bedeutendsten. Lange schon haben die Krankenkassen erkannt, daß ihre ureigenste Aufgabe der Krankheitsfürsorge der ergänzenden Tätigkeit auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge bedarf. Immer mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß es besser, billiger und volkwirtschaftlich erträglicher ist, Krankheiten zu verhüten als Krankheiten zu heilen. Sozialhygienische Maßnahmen haben deshalb immer die Unterstützung der Kassen gefunden. So haben



wir, wie sich die Tätigkeit der Krankenversicherung auf vielen Gebieten mit den Aufgaben der viel zu vielen Organisationen und Körperschaften der Gesundheitspflege begegnen und ergänzen. Nicht immer finden wir bei den vielfachen an der Förderung und Pflege der Volksgesundheit beteiligten Mitarbeitern eine klare Erkenntnis der Aufgaben, Ziele und Schaffungsmöglichkeiten der Krankenkassen. Es ist deshalb erfreulich, wenn weitere Kreise auf der Gelei Gelegenheit finden, sich über dieses Gebiet hinreichend zu unterrichten.

Wenn wir durch den Haupteingang der Halle 22a das Erdgeschoss des linken Flügels betreten, tritt uns in einer überlebensgroßen plastischen Figur das Leitmotiv der Ausstellung entgegen: „Die Krankenversicherung schützt die deutsche Arbeitskraft.“

Wirtschaft.

Die Aktionäre meutern!

Die deutsche Wirtschaft leidet unter ihrer Unwirtschaftlichkeit. Einer der wichtigsten Gründe für die gegenwärtige Krise ist ihr mangelhafter Aufbau in organisatorischer, technischer und finanzieller Beziehung. Das ist eine Wahrheit, die schon seit Kriegsende von allen Einsichtigen anerkannt und auf die von den Gewerkschaften unablässig hingewiesen wurde. Einzelheiten fehlen indessen. Bei der Gegenläufigkeit der beiden Lager ist es für die Gewerkschaften meist unmöglich, der breiten Öffentlichkeit praktische Beispiele für den bestehenden Leerlauf der deutschen Wirtschaft zu erbringen. Den wenigen Betriebsräten, die in den größeren Werken mit in den Aufsichtsräten sitzen, fehlt einmal oft der kritische Blick für die Dinge, zum anderen wird ihnen nach Möglichkeit die Geschäftsführung ihres Betriebes verweigert. Die Arbeitgeber, Direktoren, Aufsichtsräte, Syndik, Aktionäre halten treu und fest zusammen und lassen keinen Anrufenden in die Geschäftsgeschichte der deutschen Privatindustrie hineinsehen.

Nur selten fällt ein Lichtstrahl in den Vorhof zum Tempel. Dann vor allem, wenn einmal die Interessen innerhalb des kapitalistischen Lagers aufeinanderprallen, wenn einzelne Gruppen im Arbeitgeberlager sich um die Profitrate in die Haare fahren. Das passiert nicht oft. Wenn aber, dann fällt, ungewollt von der Gegenseite, den Gewerkschaften Material in die Hände, das plötzlich und grell die ganze Situation beleuchtet.

Wer in den letzten Monaten aufmerksam die Arbeitgeberzeitungen verfolgt, wird immer häufiger Stimmen aus den Aktionärskreisen vernommen haben, die mit mehr oder minder Heftigkeit — Kritik an der Ueberhebung des Verwaltungsapparates einzelner Werke üben. Mit wachsender Schärfe legt in letzter Zeit vor allem eine Bemänglung der unproduktiven Ausgaben für Direktoren ein. Aus mehreren Arbeitgeberzeitungen seien hier einige bemerkenswerte Leukungen zusammengestellt, die für den Kampf der Arbeiterklasse, besonders der Betriebsräte, in der gegenwärtigen Krise als Materialien ausgenutzt werden können:

Kürzlich lief eine Notiz durch die Unternehmerpresse, die sich mit den „unproduktiven, geldlichen Leistungen unserer Wirtschaft“ befaßte. Als vielerwähntes Beispiel (leider verschweigt man schamhaft genauere Angaben) wurde eine in diesem Frühjahr veranstaltete Erhebung benützt, in der 604 Betriebe nach ihrem Personalstand verglichen wurden. Es ergab sich, daß in diesen 604 Unternehmungen gegenüber dem Jahre 1912 im ganzen 45 Prozent der Arbeiter und Angestellten abgebaut worden waren, daß sich aber die Zahl der Direktoren in derselben Zeitspanne von 1929 auf 1828, der Aufsichtsräte von 3985 auf 5537 erhöht hatte. An einer anderen Stelle wird mitgeteilt, daß bei einem höchsten Bankinstitut, welches heute nur noch mit einem Drittel seines Vorkriegskapitals arbeitet, sogar eine Verdoppelung der Aufsichtsratsposten vorgenommen wurde und ohne Erweiterung der Direktion um genau die Hälfte. Präzise Angaben werden jetzt gemacht über drei in der Öffentlichkeit allgemein bekannte Großbetriebe. Es belästigten:

die Zeppelinwerke . . . v. d. Kräfte:	3200 Arbeiter,	2 Direktoren
	1926:	3600 „ 7 „
die Dortmunder Union . v. d. Kräfte:	6400 „	5 „
	1926:	10000 „ 19 „
die Gutehoffnungshütte v. d. Kräfte:	9000 „	4 „
	1926:	8000 „ 10 „

Diese Zahlen haben für sich allein aber nur bedingten Wert. Es wäre ja denkbar (aber nur denkbar!), daß die Gewerkschaft der Direktoren heute niedriger wären als in der Vorkriegszeit und daß auf diese Weise eine finanzielle Mehrbelastung vermieden würde. Es seien dazu, auch aus Arbeitgeberzeitschriften, einige Angaben beigegeben:

In einem kugensburger Betrieb erfordern 24 Angestellte einen Jahresbezug von 37 000 RM., dagegen ein Direktor einen solchen von 60 000 RM.; in einem württembergischen Industriebetrieb betragen die jährlichen Aufwendungen an Gehältern für 60 Angestellte 144 000 RM., dagegen für drei Direktoren 156 000 RM., zumal 144 000 RM. Lohntiere. Bei einer mittleren Maschinenfabrik erhielten die Aktionäre für das verflorerte Jahr (1925) 630 000 RM. Dividende, der lechslöplige Aufsichtsrat dagegen 100 000 RM. Lohntiere. Beim Farbtrakt erhielt jedes Aufsichtsratsmitglied für das verflorerte Jahr 38 600 RM., beim Winterhalbkonzern 20 000 RM. bzw. 10 000 RM. Das Jahresgehalt des Direktors beträgt beim Stahlwerksverband 160 000 RM. und beim Röhrenverband 110 000 RM., das der stellvertretenden Titulardirektoren 75 000 RM. Nach Calwer bezogen bei der Zigarettenfabrik Tesomath (die Stilllegung beantragt hatte) durch einige tausend Arbeiter und Angestellte entlassen wurden) 7 Direktoren und 3 Prokuristen 638 000 RM., 200 Angestellte 230 000 RM. Diese Beispiele, welche keineswegs die ungünstigsten darstellen, lassen sich beliebig vermehren und auf fast alle Branchen ausdehnen.

In sehr scharfer Form geißelt das „Deutsche Volksgewerbe“, das Organ für die Interessen aller deutschen Textilindustriellen, diese „Ueberhebung der Verwaltungswirtschaft“. Es schreibt:

„Die Einrichtung der Aufsichtsräte bei Aktiengesellschaften zeigt einen Mißstand, der nach schleuniger Abhilfe ruft. In den meisten Fällen handelt es sich bei den den Aufsichtsräten gewählten Titularen um arbeitsloses Einkommen, das vom Ertrag der Unternehmen abgeht und damit dem eigentlichen Geldgeber, dem Aktionär, sowie dem Betriebe ohne Gegenleistung entzogen wird, womit die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen gefährdet erscheint. Dasselbe gilt von der Ueberhebung der Direktorenposten und der oft unmäßigen Ausstattung solcher. Eine gründliche Reform tut dringend not; denn es kann der Wirtschaft wenig nützen, wenn auf der einen Seite Betriebe stillgelegt, Arbeiter und Angestellte in Massen abgebaut werden, dagegen sich auf der anderen Seite die hochbezahlten Direktoren und Aufsichtsratsposten mehren und durch schwere Belastungen die Rentabilität und die zu erzielenden wirtschaftlichen Erfolge gefährden.“

Die angeführten Stimmen sind eine Auswahl aus einer reichen Menge von zuverlässigen Unterlagen. Daß jede der oben angeführten Angaben aus der Arbeitgeberpresse stammt, erhöht ihre Beweiskraft für uns. Sie zeigen die entgegengekehrten Strebungen im kapitalistischen Lager. Sie zeigen die Mordlust des Systems, weil sie seine Unwirtschaftlichkeit beweisen.

Die Arbeitslosigkeit in Ostoberschlesien.

Kattowitz, 21. September. Nach einer amtlichen Bekanntmachung hat die Wojewodschaft Schlesien bis zum 15. d. Mts. 54 408 Arbeitslose verzeichnet. Von diesen beziehen 30 252 Arbeitslosenunterstützung. In der 1. ten Woche ist die Ziffer um 2713 gesunken. Auf die einzelnen Kreise verteilen sich die Arbeitslosen wie folgt: Kattowitz Stadt 36 901, Kreis Kattowitz 15 274, Königshütte 5191, Schwientochowitz 5129, Tarnowitz 1058, Lublitz 873, Pleß 4488, Rybnik 11 659, Bielitz 1882 und Teschen 357.

Die belgischen Stahlindustriellen haben ihre Forderung auf Erhöhung des belgischen Kontingents im Stahlmarkt noch nicht aufgegeben, aber beschließen, neue Vorschläge zu machen. Die Verhandlungen gehen infolgedessen mit etwas verbesserten Aussichten weiter.

Das russische Finanzkommissariat hat einen Vorschlag der Staatsbank zur Hebung des Ueberwoms eine neue innere Anleihe anzunehmen, mit der Begründung abgelehnt, daß die Obligationen in „unbekannter“ bei „unbekannten“ höheren Wirtschaftslage nicht unterzubringen wären.

Frankreichs Balkanort wirkt sich — ähnlich wie seinerzeit die deutsche Völkungsfrage — auch darin aus, daß das Land von wichtigen Rohstoffen infolge übermäßiger Aushubr entblößt zu werden droht. So mußte jetzt die französische Regierung ein Ausfuhrverbot für Chloralkalium Raffinaphat sowie Kalksalz mit einem Gehalt von 7 und mehr Prozent erlassen. Diese Ausfuhrbeschränkung dürfte auf die Exportmöglichkeiten des deutschen Raffinaphats günstige Auswirkungen haben.

Amerikas Beteiligung bei Öl aus Kohle? Wie dem „Telegraaf“ aus Newyork gemeldet wird ist schon darum das amerikanische Interesse für das deutsche Verfahren zur Gewinnung künstlichen Petroleum außerordentlich groß weil den Petroleumvorräten der Vereinten Staaten eine Erschöpfung droht und zur Erschließung neuer Petroleumfelder stets größere Kapitalien erforderlich sind. Es liegt daher vollkommen in der Linie einer vorausschauenden Politik der amerikanischen Deinteressen, sich frühzeitig einen Anteil an der künftigen deutschen synthetischen Produktion zu sichern.

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark war bisher in diesem Jahre ständig wesentlich größer als zu dem entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres. Ausgangs August 1926 betrug der Prozentfuß der Erwerbslosen 17,7 gegen 9,8 im August 1925; in den eigentlichen Industriezweigen war der Prozentfuß in diesem Jahre 19,7 gegen 9,9 im August vorigen Jahres. Die Arbeitslosigkeit hat sich also verdoppelt.

Die Roheisenerzeugung Deutschlands ist im August wiederum ganz erheblich gesunken. Sie betrug in diesem Monat 850 208 Tonnen also 10,7 Prozent mehr als im Juli, wo sie nur 767 892 Tonnen ausmachte. Von 208 vorhandenen Hochöfen waren 84 im Betrieb und 34 gedämpft. Die Leistungsfähigkeit wurde zu 54 Prozent ausgenutzt, im letzten Monat nur zu 49 Prozent.

Aus Schlesien.

Behörden-Sparsamkeit!

Aus Waldenburg wird uns geschrieben: Das Oberverwaltungsamt Breslau, Spruchbehörde in Streitigkeiten aus der O. V. hat in durchaus richtiger Erkenntnis der geographischen und wirtschaftlichen Gliederung seines Geltungsbereiches drei Spruchkammern eingerichtet: Breslau, Glatz und Waldenburg. Zu den einzelnen Terminen, die vor den genannten Spruchkammern anstehen, wurden jeweils 20-25 Streitigkeiten verhandelt. Zu diesem Zweck begab sich einer der Herren Vorsitzenden der Spruchkammer aus Breslau mit einem Gerichtsschreiber nach Glatz oder Waldenburg, während die Richter aus dem örtlichen Bezirk der Spruchkammern genommen wurden. Das Verfahren hatte zunächst einmal den ungeheuren Vorzug der Billigkeit. In allen Fällen, in denen persönliche Erscheinen der Parteien angeordnet wurde und somit ein Rechtsanspruch auf Entschädigung des veranlagten Fahrgeldes, des Zahnverlustes und auf Zehrgeld bestand, konnte es sich mit Rücksicht auf die zentral gelegenen Spruchkammern immer nur um kleine Beträge handeln, die erlegt werden mußten. Den Parteien war es aber auch möglich, beim Termin selbst zu erscheinen, wenn auch in der Abgabe des Erscheinen nicht ausdrücklich bestimmt wurde. Die persönliche Vertretung im Berufungsverfahren ist doch außerordentlich wichtig und in sehr vielen Fällen überhaupt erst entscheidend für den Spruch des Gerichtes.

Diese Praxis ist nun jahrelang geübt worden, ohne — das darf ruhig betont werden — daß es zu irgendwelchen Unzutunlichkeiten gekommen ist. Mit einem Male wird nun aus einem nicht zu erklärenden Anlaß die so vernünftige Einrichtung über den Haufen geworfen. Die Spruchkammern in Waldenburg und Glatz bestehen zwar noch immer, aber es finden dort keine Verhandlungen mehr statt. Sämtliche Termine werden vor dem Oberverwaltungsamt in Breslau, Neumarkt 1-8, verhandelt. Die finanziellen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieser eigenartigen Maßnahme sind zunächst noch gar nicht zu übersehen. Eines steht aber schon heute fest und das ist die Tatsache, daß die Verhandlungen in Breslau die ganze Spruchpraxis des Oberverwaltungsamtes wesentlich verteuern und erschweren.

Bei dem Termin, das am Freitag, den 17. September, in Breslau stattgefunden hat, fanden insgesamt 25 Sachen an, die sonst vor der Spruchkammer Waldenburg verhandelt worden wären. In 11 Sachen war persönliches Erscheinen der Parteien angeordnet. Dazu kam noch, daß in zwei von diesen elf Fällen Begleitung zugebilligt wurde. Es mußte somit die Fahrgeldentschädigung für 13 Personen von Waldenburg und darüber hinaus bis Breslau und zurück, außerdem ein angemessenes Zehrgeld gezahlt werden. Der hierfür aufzuwendende Betrag dürfte nicht viel von 100 Mark entfernt sein. Es ist aber als vollkommen ausgeschlossen anzunehmen, daß dieser Betrag erreicht worden wäre, wenn die Verhandlungen in Waldenburg stattgefunden haben würden. Es kommt weiter hinzu, daß durch die räumlich weit entfernte Lage des Verhandlungsortes Lohnausfälle in weit größerem Maße erlitten werden müssen, als es unter normalen Verhältnissen der Fall wäre. Eine Erschwerung des ganzen Berufungsverfahrens bedeutet es aber auf alle Fälle.

Ein Teil der Leute muß schon in aller Herrgottsfrüh zur Bahnstation wandern, um den ersten Zug nach Breslau zu erreichen, da nur dann die Möglichkeit für sie besteht, pünktlich zum Termin zu erscheinen.

Mag man diesen Umständen bei den immerhin noch günstigen Bahnverbindungen aus dem Waldenburger Gebiet nach Breslau keine ausschlaggebende Bedeutung beimessen, so wird man aber nicht vorübergehen können an den Auswirkungen für alle Berufungskläger im Bereiche der Spruchkammer Glatz. Dort sind die Bahnverbindungen derart ungünstig, und es handelt sich um ein so weit verzweigtes Gebiet, daß es in der Praxis sehr oft vorkommen dürfte, daß die zum Termin geladenen Parteien in Breslau übernachten müssen, um überhaupt pünktlich zum Termin erscheinen zu können. Erhöhte Kosten, die vom Oberverwaltungsamt getragen werden müssen, sind die unausbleiblichen Folgen.

Nicht unerwähnt darf aber ein weiteres Moment bleiben. Es handelt sich bei den Berufungsklägern in den weitaus meisten Fällen um alte, gebrechliche Leute, die vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben nach Breslau kommen und die schuflos den Gefahren des starken Verkehrs in unserer Provinzhauptstadt ausgesetzt sind. Man muß diese Leute einmal beim Überqueren der verkehrsreichen Straßen beobachtet haben, um zu ermessen, daß es eine nicht zu verantwortende Maßnahme der Behörden ist, diese Leute zu zwingen, nach Breslau zu kommen. Hierin wird das Erscheinen überhaupt unmöglich gemacht. Sie werden dadurch vielleicht eines wirklichen Verteidigungsmittels beraubt, und die letzte unausbleibliche Folge dieser unverständlichen Anordnung des Oberverwaltungsamtes wird ein weiteres Schwinden des Vertrauens zu der Spruchpraxis des O. V. sein.

Wir können uns die Gründe des Verhaltens des O. V. nicht erklären. Finanzielle Überlegungen können dabei keine Rolle spielen, denn wir haben nachgewiesen, daß der augenblickliche Zustand eine weit größere finanzielle Belastung des O. V. bedeutet, wie der frühere.

Lauban. Mänje-Typhus-Bazillen gestohlen. Bei einem nächtlichen Einbruch in den Schrebergarten am Spühenhäuser wurden außer Gartenschnitzern auch verschiedene Gegenstände aus der Laube gestohlen. Darunter befand sich auch ein mit Mänje-Typhus-Bazillen versehener Behälter mit Jüder.

Lauban. Ertrunken ist am Sonntag das kleine Töchterchen des Anwohners Anjorge. Es spielte in der Nähe des Amels Blumen und fiel dabei in den Fluß. Das Kind konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Oberglögnau. Frauen als Attentäter. Vor einigen Wochen wurden von unbekannter Hand auf der Mt-Rüttendorfer Chaussee quer über diese mehrere schwere Balken, mit Steinen versehen gelegt. Es sollte dadurch eine Katastrophe des nach Oberglögnau verkehrenden Postkraftwagens herbeigeführt werden. Das Unheil wurde aber verhindert. Als Täter wurden jetzt drei Frauen aus der Umgegend von Oberglögnau festgestellt, und dem Gericht übergeben.

Grünberg. Der Bau einer neuen Chaussee Glaschütte-Grünberg-Kölsig ist von den zuständigen Stellen geplant worden und soll demnächst werden.

Waldenburg. Wissen Sie schon. Bei Prüfungen, bei aktiver Teilnahme in Organisationen, zu Vorträgen und Kursen, also in jeder geistigen Tätigkeit benötigt man die Schrift. Jeder lerne deshalb aus Gründen der Zeit- und Geldersparnis, sowie der Arbeitserleichterung die Stenographie. Aus Grund wissenschaftlicher Prüfungen ist die „Deutsche Volkstumszeitung“ noch heute die einfachste, leichteste und kürzeste Stenographie. Zehntausende von Arbeitern und Angestellten wurden schon mit bestem Erfolge darin unterrichtet. Deshalb werden Sie sich zum brieflichen Unterricht bei der Zentrale für beruflichen Unterricht des Arbeiter-Stenographiebundes, Waldenburg in Schlesien, Färbensteiner Straße 41.

Gottesberg. Der Kraftpolkettehr Gottesberg-Graßlau mit aus 1. Oktober eingestellt.

Hilfmannsdorf. Einen Selbstmordversuch verübte die Frau eines Kesselheizers, die schon seit längerer Zeit nervenkrank ist. Die Lebensversicherung liegt in der Nacht auf des Fensters und stürzte sich in den Hofraum, wo sie schwer verletzt liegen blieb. Sie wurde ins Krankenhaus transportiert.

Aus dem Kreise Nimpfisch.

Ein Urteil!

In Nr. 216 unserer Zeitung nahmen wir Gelegenheit, das im „Landsmann“ erschienene Gedicht des Herrn Goebel, „Breslauer-Strand“, als höheren Kladderadatsch zu kennzeichnen. Die in Schwednitz erscheinende „Mittelschlesische Zeitung“, der das geistige Produkt Herrn Goebels ebenfalls vor Augen gekommen ist, gibt darüber ein Urteil ab, das wir unseren Lesern nicht vorenthalten können. Nach Wiedergabe des genannten „Gedichtes“ schreibt sie wie folgt:

Wir müssen wirklich gestehen, daß wir so viel Geist auf einmal in drei soch kurzen „Versen“ noch nirgendswo gelesen haben. Wie mag der „Landsmann“ wohl seine Leser einschätzen, wenn er ihnen eine derartige Kost vorsetzen kann! Wir nehmen an, daß in sämtlichen „Königin-Luise-Bänden“, die es im Nimpfischer Kreise zahlreich gibt, das Gedichtchen bei der nächsten Versammlung aufgefacht wird. Wir sind auch überzeugt, daß man dort darüber lachen wird. Man könnte einen solchen Abend vielleicht unter dem Motto: „Wie leise ich praktische Arbeit im Dienste des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes?“ einberufen!

So schreibt eine bürgerliche Zeitung über den „Landsmann“! Wir werden uns hüten, das noch zu kommentieren. —B—

Offene Anfrage an den Magistrat.

In der letzten Stadinerordneten-Versammlung ist eine chemische Untersuchung unseres Trinkwassers durch ein Breslauer Untersuchungsamt abgelehnt worden mit dem Bemerkung, daß die hiesige Apothekerei vollkommen in der Lage sei, eine derartige Untersuchung vorzunehmen. Es ist bis jetzt noch nichts über die Vornahme einer derartigen Untersuchung bekannt geworden. Angeht es der im Reich wütenden Typhusepidemie und in Anbetracht dessen, daß sämtliche Städte ihrer Einwohnerhaft einen eingehenden Bericht über die Beschaffenheit ihres Leitungswassers gegeben haben, erlauben wir dem Magistrat um Mitteilung, ob und mit welchem Resultat eine Untersuchung des hiesigen Trinkwassers erfolgt ist.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Denkt daran,

daß von Sonntag den 17., bis einschließlich Sonntag, den 24. Oktober,

die Sozialdemokratische Partei

eine Werbemasche abhält, in der es gilt, alle Fernstehenden für unsere Partei und Presse zu gewinnen. Alle Ortsgruppenführer müssen schon jetzt die Vorbereitungen treffen. Jeder Genosse und Genossin muß intensive Partiarbeit leisten, dadurch wird

die Arbeiterklasse

von allem Druck und Ausbeutung befreit. Kein Genosse, der es mit den Zielen der Partei ehrlich meint, siehe abseits. Nur dadurch kann das Proletariat und

muß siegen!

Ächtung, Ortsgruppenvorstände!

Freitag, den 24. September, abends 6 Uhr, findet im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses zu Breslau eine wichtige Sitzung

des Erweiterten Parteivorstandes statt.

Die Tagesordnung ist sehr wichtig und ist es daher Pflicht eines jeden Ortsgruppenführers, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Im Behinderungsfalle ist ein Vertreter zu entsenden. J. A. G. Schiffer.

Wahns. SPD. Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 23. September, abends 7 Uhr, bei Gastwirt Peter, Größ. Tichanisch. Genossin Fräulein Lehterin E. Baensch hält einen Vortrag über: „Erziehungsfragen.“ Zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, sowie Gäste, ist erwünscht.

Wahns. Ein Parteigenosse schreibt uns: Da der Stahlhelm immer so latentdurstig ist, möchte ich einmal so eine Tat schildern. Als am Sonntag verschiedene Mitglieder der Mittelschlesischen Gruppe nach Breslau fuhren, hatten sie es vorgezogen, Mühe und Jacke in der Altentische zu verpacken. Jedenfalls schämten sich diese Helben, schon im Orte in dieser Uniform sich zu zeigen. In Breslau, wo sie niemand kennt, trägt man die Mühe wieder. Es ist wirklich nicht so leicht, seine Gefinnung zu bekennen. Republikaner, beachtet dieses, und ihr erkennt den Zweck des Reichsbanners. Dieses hat Donnerstag abend bei Liebs Versammlung, dort darf jeder Republikaner dem Reichsbanner beitreten. Sorgt für Massenbesuch.

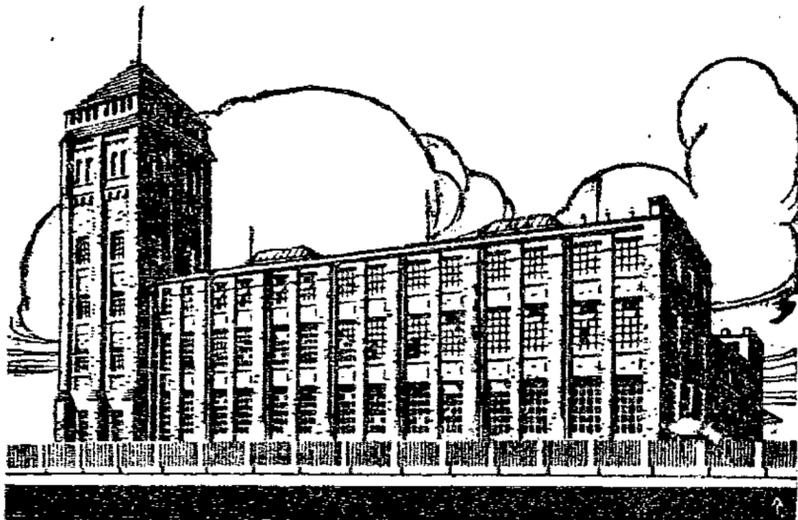
Neumarkt. Schnelle Versekung. Jedem sich einigermaßen mit Politik, gewerkschaftlichen oder sonstigen Tagesfragen beschäftigten Bürger ist die schnelle Versekung des Finanzamts-Obersteuerinspektors Walter überraschend gekommen, um so mehr, da er doch als rechte Hand beim hiesigen Finanzamt galt. Herr Walter, der zuerst ziemlich kintstehenden Anschauungen huldigte und sich im Verlaufe der Zeit immer weiter nach rechts entwickelte, fand endlich vor längerer Zeit Anschluss bei den „Vaterländischen“ und war treuer Führer des Stahlhelms. Ob er aber diese Bewegung als besonderes Stiefkind empfand, glauben wir kaum, denn Walter brachte es trotz seines Offizierspatentes nicht einmal fertig, eine Kampagne zu organisieren. Ein Häufchen ist noch vorhanden und nun scheidet der Führer. Als neues Tätigkeitsgebiet ist ihm Waldenburg zugewiesen. Aus welchen Gründen sich diese schnelle Versekung erfolgte, können wir leider nicht mitteilen, auch interessiert es uns weniger. Die Waldenburger Arbeiterklasse erhält einen neuen „Freund“ der Republik — (am 1. eines jeden Monats), möge sie ihm die Farben „Schwarz-Rot-Gold“ und „Rot“ recht deutlich zeigen.

Arbeiter-Sport.

Arbeiter-Radsportclub „Solidarität“. Gau 8. Bezirk 1. Es sei hiermit das letzte Mal auf das am Sonntag, den 26. September, stattfindende Bezirks-Jugendtreffen in den herrlichen Wäldern der Umgegend von Deutsch-Willa hinzuweisen. Einzelnen hierzu sind alle jugendlichen Mitglieder des 1. Bezirks, soweit sie nicht das 21. Lebensjahr überschritten haben, verpflichtet zur Teilnahme und sämtliche Jugendlichen der dem 1. Bezirk angehörenden Ortsgruppen. Der Start ist in Deutsch-Willa, Johannistag (am „Schwarzen Adler“) morgens 10 Uhr. Teilnehmer von Ortsgruppen, die auf ihrer Fahrt nach diesem gemeinsamen Startplatz Breslau passieren, treffen sich mit der Ortsgruppe Breslau früh 8 Uhr in Breslau, Striegauer Platz. Von hier gemeinsame Fahrt nach Deutsch-Willa. Da bei dieser Veranstaltung unter allen Umständen Wirtschäuser gemietet werden müssen, haben sämtliche Teilnehmer, seien es Jugendmitglieder oder Leiter, Prosiant (Essen und ein Kilo freie Getränke) mitzubringen. Ortsgruppen wie Jugendleiter, sonst für zahlreiche Beteiligung! Kein Jugendlicher sollte dem Bezirks-Jugendtreffen fernbleiben!

S. K. Koldon, e. R. Freitag, 8 1/2-10 Uhr: Erster Übungsabend in der Turnhalle Maggastraße für alle Interessenten. — Dienstag, den 28. September, 8 1/2 Uhr: Erster Übungsabend im Hallenschwimmbad. — Sonntag, den 26. September, vormittags 8 Uhr: Arbeitsdienst im Waldenburgerpark; alles muß erscheinen. — Jugendabteilung: Donnerstag, den 23. September, abends 1/8 Uhr: Jugendausstellung bei Schwimmgenossen Hoffmann, Waldenburgerstr. 67.

Freie Rann-Bereinigungs Breslau e. B. Freitag, den 24. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.



Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine besitzt zirka 42 Fabriken, von denen hier die Seifenfabrik in Riesa-Gröba abgebildet ist. Rund 3,5 Millionen genossenschaftlich organisierte Familien decken heute schon ihren Bedarf in der Konsum-Genossenschaft und bevorzugen natürlich die G. E. G.-Artikel. Diese 3,5 Millionen haben geholfen, durch ihre zentralisierten Einkäufe Unternehmungen, wie oben abgebildet, ins Leben zu rufen. Weshalb stehen Sie noch abseits? Ueberzeugen Sie sich von der Qualität der G. E. G.-Artikel und Sie werden feststellen, daß z. B. unsere Seifenfabrik hervorragende Produkte herausbringt. Es werden alle Sorten und Arten von Seife hergestellt. Seifenflocken, die von Privatfirmen mit 60, 50 und 45 Pf. unter Aufwand größter Reklame angeboten wurden, werden in gleicher Qualität hergestellt und kosten von jeher das Paket nur 38 Pf. Durch den Kauf von G. E. G.-Artikeln fördern Sie die genossenschaftliche Eigenproduktion, und vergessen Sie nicht:

„Wer uns fördert, hilft sich selbst!“



Werden Sie also Mitglied im

Konsumverein „Vorwärts“.

Neue und Nähmaschinen
gebrachte Teilzahlung.
Greulich, Herrenstr. 24
Eigene Reparaturwerkstatt.

Genossen!

Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht

Anzugfutter

Water 1 bis 3 Mark, Erbal
Dose 15 Pf., pa. Hemden-
tuch, Wrt. 54 Pf., Oberkal-
seife Stg 23 Pf., 100 Sten-
garn 1.25 u. 3 Mt., Fern-
garn 20 Gr. 12 Pf.
Schneider, Fäbder luch:
Bertold Lippert,
Heinrichstraße Nr. 16.

Sofort Geld

auf Pfänder!
Leihhaus **Rother**
Albrechtstraße 43, I.

Liederbuch

des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold
69 Lieder mit Noten
Preis 30 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung

Empfehle prima Zohlenfleisch

und
H. Würstwaren.
Treibnitzer Wurstwaren
Kortikalle Gartenstraße
Stand 218-219.

Wohnungen

Zausche

großes, hell, einst. Zimmer, einst. Küche und Bad, im Süden, Nähe Hauptbahnhof, in etwas größerer event. mit besserer Hausvereinig. Gegen gleich. Off. u. St. 362 Geschäftst. 3.